

Zwischen Hunger, Terror und einer „glücklichen Zukunft“

Der Arbeitseinsatz im Steinkohlenbergbau des Donezbeckens unter deutscher Besatzung 1941 bis 1943

I. Der Donbass unter deutscher Besatzung

Als deutsche Truppen Ende Oktober 1941 das Donezbecken¹ besetzten, geriet das zentrale Steinkohlenrevier der Sowjetunion unter deutsche Herrschaft. Vor dem deutschen Einmarsch waren hier 324 Bergwerke sowie 1.680 Kleinbergwerke² mit etwa 314.000 Arbeitskräften, darunter 210.000 unter Tage, in Betrieb gewesen.³ Die jährliche Kohlenförderung im Donezbecken von 85 Millionen Tonnen machte über 57 Prozent der sowjetischen Gesamtförderung aus. Im weltweiten Vergleich stand die Ukrainische Sowjetrepublik 1937 in der Kohlenförderung auf dem vierten Platz. Bereits Ende des 19. Jahrhunderts hatte der Donbass, so die russische Kurzform, eine beeindruckende wirtschaftliche Entwicklung erfahren und war zum wichtigsten Zentrum für Kohlenbergbau und Schwerindustrie im Russischen Reich aufgestiegen. Die forcierte Industrialisierung im Rahmen des Ersten Fünfjahrplans von 1929 bis 1933 brachte der Region dann erneut große Wachstumsraten. Durch den Zuzug von Arbeitsmigranten wuchs die Bevölkerung in den Jahren zwischen 1926 und 1939 von knapp zwei auf fast fünf Millionen an.⁴ In ethnischer

1 Die dünn besiedelte Steppenregion des Donezbeckens liegt im Südosten der heutigen Ukraine und umfasst die beiden Gebiete Donec'k (Stalino, bzw. Juzovka) und Luhans'k (Vorošilovgrad). Ein südlicher Zipfel des Donezbeckens reicht bis nach Russland hinein und gehört zum Gebiet Rostov. Der Donbass wird im Norden und Osten vom Donec, einem Nebenfluss des Don begrenzt. Zu Namensveränderungen: Das heutige Donec'k hieß bis 1924 Juzovka und von 1924 bis 1961 Stalino. Das heutige Luhans'k hieß von 1935 bis 1958 und von 1970 bis 1990 Vorošilovgrad.

2 Vgl. Central'nyj Deržavnyj Archiv Hromads'kych Ob'ednan' Ukraŭny (CDAHOU), F. 1, Op. 23, D. 613, Bl. 13.

3 Vgl. Jasnopol'skij, L.N., Kamennougol'naja promyšlennost' Doneckogo Bassejna, Tom 1 [Der Steinkohlenbergbau im Donezbecken, Bd. 1], Kiev 1956, S. 83, 107, 158.

4 Die historische Entwicklung des Donbass vom Ende des 19. Jahrhunderts bis in die 1920er Jahre wurde von der westlichen Historiographie – im Gegensatz zu anderen Regionen der Ukraine – vergleichsweise gut untersucht: Vgl. Friedgut, T. H., *Juzovka and Revolution*, Bd. 1, *Life and Work in Russia's Donbass, 1869–1924*; Bd. 2, *Politics and Revolution in Russia's Donbass, 1869–1924*, Princeton 1989–1994; Wynn, C., *Workers, Strikes and Pogroms. The Donbass-Dnepr Bend in Late Imperial Russia, 1870–1905*, Princeton 1992; McCaffray, S. P., *The Politics of Industrialization in Tsarist Russia. The Association of Southern Coal and Steel Producers, 1874–1914*, Northern Illinois 1996; Kuromiya, H., *Freedom and Terror in the Donbas. A Ukrainian-Russian Borderland, 1870s – 1990s*, Cambridge 1998.

Hinsicht war die Bevölkerung im Donbass deutlich heterogener und weniger ukrainisch als in anderen Teilen der Ukraine. Sie setzte sich nach sowjetischen Volkszählungsdaten aus drei Millionen (61 Prozent) Ukrainern und 1,5 Millionen (32 Prozent) Russen sowie weiteren ethnischen Minderheiten zusammen.⁵

Im Zweiten Weltkrieg stand der westliche Teil des Donbass über 22 Monate bis Anfang September 1943 unter deutscher Besatzung, die östlichen und südöstlichen Teile kamen erst im Laufe der Sommeroffensive 1942 hinzu und wurden bereits im Februar 1943 von der Roten Armee zurückerobert. Das im Osten der Ukraine liegende Donezbecken verblieb über den gesamten Besatzungszeitraum unter der Verwaltung der Wehrmacht. Dagegen war das westukrainische Galizien dem Generalgouvernement im ehemaligen Polen zugeschlagen worden, die Bukovina, Bessarabien und das Gebiet um Odessa hatte man dem verbündeten Rumänien überlassen, und der größte Teil der zentralen und südlichen Ukraine waren unter die Zivilverwaltung des Reichskommissars Ukraine, Erich Koch, gestellt worden. Der Verlust der Ukraine war für die Sowjetunion nicht nur im Hinblick auf die Steinkohlenförderung sehr schmerzlich, denn vor dem deutschen Einmarsch waren in der Ukraine 68 Prozent des sowjetischen Eisenerzes und 49 Prozent des Stahls produziert sowie 25 Prozent des Getreides, vor allem Weizen, und 73 Prozent der Zuckerrüben angebaut worden.⁶

Die Ausbeutung des Steinkohlenbergbaus im Donbass gewann im Zweiten Weltkrieg für die deutschen Besatzungsorgane eine zunehmende Bedeutung, vor allem um Kohlentransporte aus dem Reich für die Wehrmacht und wichtige Rüstungsbetriebe reduzieren zu können. Mit der Verwaltung und Ausbeutung des Steinkohlenbergbaus war zunächst der Wirtschaftsstab Ost bzw. die ihm unterstellte Wirtschaftsinspektion Süd betraut worden. Im März 1942 übernahm dann die Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost (BHO) die Steinkohlengruben im Donezbecken. Die BHO war im August 1941 als Monopolgesellschaft von Vertretern des Reichswirtschaftsministeriums, der Reichsgruppe Handel und der Wirtschaftsgruppen Bergbau und eisenschaffende Industrie gegründet worden. Sie besaß in den besetzten sowjetischen Gebieten das alleinige Recht zur Betreibung und Nutzung der Werksanlagen des Kohlen- und Erzbergbaus sowie der eisenschaffenden und eisenverarbeitenden Industrie. Die Organe der Gesellschaft unterstanden der Aufsicht des Reichswirtschaftsministers. Zum Leiter der BHO hatte Göring selbst

5 Darunter waren etwa 95.000 Griechen, 85.000 Juden, 64.000 Deutsche, 40.000 Weißrussen, 24.000 Tataren und 15.000 Polen. Die Angaben beziehen sich auf die Volkszählungsdaten von 1939 für die Gebiete Stalino und Worosilowgrad. Vgl. Obid'onova, O.V., *Zminy v nacional'nomu skladi naselennja Donec'koho basejnu v 20–30-ti roky XX stolittja* [Veränderungen in der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung des Donezbeckens in den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts], in: *Novi storinky istorij Donbasu. Stati, Kniha 6, Donec'k 1998*, S. 142–152.

6 Vgl. Krawchenko, B., *Social Change and national consciousness in Twentieth-Century Ukraine*. Edmonton 1987, S. 113–134; Torzecki, R., *Die Rolle der Zusammenarbeit mit der deutschen Besatzungsmacht in der Ukraine für deren Okkupationspolitik 1941 bis 1944*, in: *Okkupation und Kollaboration 1938–1945 (Europa unterm Hakenkreuz, Ergänzungsband 1)*, Berlin etc. 1994, S. 260–261; Ischboldin, B., *Die wirtschaftlichen und politischen Probleme der Sowjetukraine*, in: *Weltwirtschaftliches Archiv* 48 (1938 II), S. 379–398.

den Generaldirektor der Reichswerke „Hermann Göring“ AG und Vorsitzenden des Präsidiums der Reichsvereinigung Kohle, Paul Pleiger, ernannt.⁷

An eine Kohlenförderung war jedoch zunächst nicht zu denken, da die Bergwerke von der Roten Armee bei ihrem Rückzug in starkem Maße zerstört bzw. abgebaut worden waren. Der Sonderbeauftragte für Bergbau, Walter Tengelmann, berichtete am 1. Dezember 1941: „Fast überall sind die Fördermaschinen, die Ventilatoren, die Kesselhäuser, Werkstätten, Umspannstationen, Verladungen, ja selbst die Kauen- und Büroräume von den russischen Kommandos gesprengt und verbrannt, und nachträglich von der Bevölkerung geplündert worden.“⁸ Seiner Ansicht nach war kurzfristig nicht mit einer Aufnahme der Förderung zu rechnen. Zuvor waren Instandsetzungsmaßnahmen größten Umfangs erforderlich. Für den Wiederaufbau ließ die BHO Maschinen und Geräte im Wert von über 25 Millionen Reichsmark sowie etwa 1.800 deutsche Fachkräfte – zum großen Teil aus dem Ruhrbergbau – als Aufsichtspersonal in den Donbass bringen. Nachdem die Wiederaufbauarbeiten anfangs vor allem durch die unzureichende Energieversorgung – die zentralen Kraftwerke, die den Bergbau mit Strom versorgten, waren ebenfalls zerstört worden – und die schlechte Transportlage behindert worden waren, stellte seit Sommer 1942 der Mangel an Arbeitskräften das Hauptproblem dar.

Insgesamt konnte innerhalb des Besatzungszeitraumes eine deutliche Wiederaufbauleistung und Steigerung der Kohlenförderung erreicht werden. Bis Dezember 1942 wurden 68 Bergwerke und 314 Kleinschächte wieder in Betrieb genommen. Der Donezbergbau wurde unter der BHO zunächst in den vier Gruppen Stalino, Grišino, Gorlovka und Čistjakovo organisiert. Nach der erfolgreichen Sommeroffensive kamen dann noch die Gruppen Šachty und Vorošilovgrad hinzu. Die sechs Bergbaugruppen untergliederten sich in weitere 31 Direktionen. Die Tagesförderung erreichte im Januar 1943 über 15.000 Tonnen Kohle. Im Februar und März hatte der Steinkohlenbergbau aufgrund der erfolgreichen russischen Offensive und großer Gebietsverluste auf deutscher Seite dann erhebliche Fördereinbußen zu verzeichnen. Bevor das Donezbecken im September 1943 endgültig geräumt wurde, konnte jedoch bereits im Juli 1943 erneut eine Tagesförderung von 15.000 Tonnen erzielt werden. 114 Bergwerke mit mehr als zehn Beschäftigten waren zu diesem Zeitpunkt in Betrieb. Das von der BHO seit Dezember 1942 angestrebte Förderziel von 30.000 Tonnen täglich, das bis Ende 1943 auf 50.000 bis 60.000 Tonnen und bis Ende 1944 auf über 100.000 Tonnen gesteigert werden sollte, wur-

7 Vgl. zur wirtschaftlichen Ausbeutung des Donezbeckens unter der deutschen Besatzung Riedel, M., *Bergbau und Eisenhüttenindustrie in der Ukraine unter deutscher Besatzung (1941–1944)*, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 21 (1973), S. 245–284; ders., *Eisen und Kohle für das Reich. Paul Pleigers Stellung in der NS-Wirtschaft, Göttingen etc.* 1978, S. 310–337. Eichholtz, D., *Wirtschaftspolitik und Strategie des faschistischen deutschen Imperialismus im Dnepr-Donetz-Industriegebiet 1941–1943*, in: Militärgeschichte 18 (1979), S. 281–296; ders., *Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945*, Bd. II: 1941–1943, Berlin 1985, S. 460–477.

8 Bundesarchiv-Militärarchiv (BA-MA), RW 31, 409. In der Sowjethistoriographie stellte die Tatsache, dass die Rote Armee im Donezbecken beim Rückzug enorme Zerstörungen hinterlassen hatte, ein großes Tabu dar. Dagegen hob die Sowjethistoriographie die erheblichen Zerstörungen nach dem deutschen Rückzug hervor.

de allerdings bei weitem nicht erreicht. 30.000 Tagestonnen wären erforderlich gewesen, um die gesamten Kohlentransporte aus Oberschlesien, die den Hauptanteil des Nachschubs darstellten, zu ersetzen. Die Gesamtförderung von 4,071 Millionen Tonnen im Besatzungszeitraum war weniger als die Hälfte einer durchschnittlichen Monatsproduktion im Ruhrrevier und entsprach nur fünf Prozent der jährlichen sowjetischen Vorkriegsförderung. Dagegen beliefen sich die Steinkohlenlieferungen in die besetzten sowjetischen Gebiete von 1941 bis Ende August 1943 auf 17,48 Millionen Tonnen.⁹

Gemessen an den massiven Zerstörungen der Bergwerke durch die Rote Armee war die Wiederaufbau- und Förderleistung unter der Besatzung dennoch beachtlich, wie der Vergleich zu den Bergbaugebieten im östlichen Donezbecken bei Vorosilovgrad, Krasnyj Luč und Lissičansk, die erst im Zuge der Sommeroffensive 1942 von der deutschen Armee erobert wurden, zeigt. Die Bergbaubetriebe in diesen Gebieten waren bereits im Oktober 1941 von der Roten Armee planmäßig zerstört, dann aber behelfsmäßig wieder in Gang gesetzt worden. Unter Einsatz von 75.000 Arbeitskräften erzielte der sowjetische Wiederaufbau dort im April 1942 laut sowjetischer Angaben eine Tagesförderung von 16.622 Tonnen bzw. eine Monatsförderung von 498.661 Tonnen. Die Schichtleistung berechnet auf ein Belegschaftsmitglied betrug jedoch nur 0,2 Tonnen bzw. die monatliche Förderleistung pro Arbeitskraft 6,7 Tonnen – etwa ein Viertel der Vorkriegsleistung. In den Gebieten unter deutscher Herrschaft war die Förderleistung pro Arbeitskraft zum gleichen Zeitpunkt zwar nur halb so hoch, aber bereits im Frühjahr des folgenden Jahres wurde das sowjetische Ergebnis eingeholt und sogar deutlich übertroffen.¹⁰

Der große wirtschaftliche Nutzen des Arbeitseinsatzes von Sowjetbürgern für die deutsche Kriegswirtschaft ist nicht zu bestreiten. Obwohl im Steinkohlenbergbau des Donbass nur ein Bruchteil der Vorkriegsproduktion erzielt werden konnte, führte dies doch zu einer nicht zu unterschätzenden Entlastung des Kohlenbergbaus im Reich, die bei einem anderen Kriegsverlauf noch wesentlich an Bedeutung gewonnen hätte.¹¹

9 Vgl. Monatsbericht der BHO, Abt. Donezkohle vom November 1942, in: BA-MA, RW 31, 485 sowie Jahresbericht der BHO für 1942, in: BA Berlin, R 3101, 34174; Bergbauarchiv Bochum (BBA) 20, 241. NI-5261; BA-MA, RW 31, 261, 441; Eichholtz, Wirtschaftspolitik und Strategie, S. 293 (wie Anm. 7); Riedel, Bergbau und Eisenhüttenindustrie, S. 278–279 (wie Anm. 7).

10 Vgl. dazu CDAHOU, F. 1, Op. 23, D. 165, Bl. 46–52. Dies widerlegt die Einschätzung von Dietrich Eichholtz, der in Anlehnung an die sowjetische Historiographie davon ausging, dass die großen Anstrengungen der Deutschen beim Wiederaufbau der Steinkohlenbergwerke maßgeblich am Widerstand der sowjetischen Bevölkerung scheiterten: „Die sowjetische Bevölkerung lieferte den deutschen Eindringlingen einen täglichen Kampf um jede Tonne Kohle und um jedes Kilogramm Metall.“ Vgl. Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft, Bd. II, 1985, S. 469 (wie Anm. 7).

11 Bericht des Wirtschaftsstabes Ost/ Chefgruppe Arbeit zum Arbeitseinsatz in den bis Ende 1942 besetzten Ostgebieten, in: RGVA, F. 700, Op. 1, D. 82, Bl. 1.

Tab. 1: Die Steinkohlenförderung im Donezbecken von November 1941 bis August 1943¹²

	Förderung (t)
November 1941 – Januar 1942	9.000
Februar 1942	6.000
März	9.500
April	30.000
Mai	60.000
Juni	57.441
Juli	63.442
August	87.259
September	139.300
Oktober	240.158
November	304.690
Dezember	391.000
1942 insgesamt	1.397.790
1943	
Januar	450.000
Februar	181.810
März	218.899
April	248.079
Mai	311.431
Juni	394.476
Juli	455.607
August	413.000
1943 insgesamt	2.673.302
Gesamtförderung	4.071.092

II. Der Arbeitskräfteeinsatz im Steinkohlenbergbau

Arbeitseinsatz versus Hungerpolitik: Die deutsche Besatzungspolitik zielte primär auf die wirtschaftliche Ausbeutung der Ukraine, der die Rolle einer Kolonie zuge-dacht war. Dies schloss die restlose Erfassung kriegswichtiger Wirtschaftsgüter, vor allem von Agrarprodukten und Mineralöl, die Versorgung der Wehrmacht aus dem Lande und die Wiederingangsetzung von Betrieben zur Deckung des unmittelbaren Bedarfs der Wehrmacht sowie der deutschen Rüstungsindustrie ein. Auch die Ausbeutung der Arbeitskraft der einheimischen Bevölkerung war in diesem Zusammenhang von Anfang an eingeplant. Im August 1941 hatte der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete eine allgemeine Arbeitspflicht für alle Einwohner der Ostgebiete im Alter zwischen 18 und 45 Jahren sowie einen Arbeitszwang für Juden

12 Statistik der Gruppe Bergbau der WiS, in: BA-MA, RW 31, 441, Bl. 6.

im Alter von 14 bis 60 Jahren unter Androhung von massiven Strafen bei Nichteinhaltung eingeführt.¹³

Die Arbeitseinsatzpolitik der deutschen Besatzungsbehörden stand über den gesamten Besatzungszeitraum in engem Zusammenhang – und in mancher Hinsicht auch im Widerspruch – zu ihrer Ernährungspolitik. Mit dem Ziel, die Versorgung der Truppe aus dem Lande sicherzustellen und zudem ein Höchstmaß an Lebensmitteln ins Reich abzutransportieren, war im Frühjahr 1941 zwischen dem Reichsernährungsministerium und dem Oberkommando der Wehrmacht die Durchführung einer selektiven Hungerstrategie gegenüber der sowjetischen Bevölkerung vereinbart worden. Diese beinhaltete vor allem die Aushungerung der landwirtschaftlichen „Zuschussgebiete“, insbesondere der größeren Städte und Industrieregionen, während der Landbevölkerung aus pragmatischen Überlegungen eine elementare Selbstversorgung zugestanden wurde.¹⁴ Der Hungertod einiger Millionen Menschen wurde von den Strategen dieser Hungerpolitik bewusst in Kauf genommen. In der Praxis erwies sich der „Hungerplan“ aber schon bald als nicht durchführbar. Von den mit der praktischen Durchführung der Hungerpolitik beauftragten Besatzungsorganen kamen daher auch immer wieder Anstöße zu einem Richtungswechsel, häufig unter pragmatischen Gesichtspunkten. Vor allem der wachsende Bedarf an Arbeitskräften für den Einsatz vor Ort und für den Reichseinsatz spielte dabei eine wichtige Rolle. Die selektive Hungerpolitik gegenüber der Stadtbevölkerung wandelte sich zunehmend zu einer selektiven Hungerpolitik gegenüber allen Nicht-Arbeitenden.¹⁵

Die anfänglichen ernährungspolitischen Erwägungen der Besatzungsorgane für das Donezbecken fanden einen erschreckenden Ausdruck in dem Vorschlag eines Verbindungsoffiziers des Oberkommandos der Wehrmacht beim Armeeoberkommando 17 vom November 1941. Zur Lösung des Ernährungsproblems der in den Städten des Donbass zusammengeballten Bevölkerungsmassen gab es seiner Ansicht nach drei Möglichkeiten: »I. Evakuierung der Massen auf das flache Land; II. Hermetische Absperrung der dicht besiedelten Industriezentren, so dass eine Abwanderung auf das Land unmöglich wird; III. Evakuierung der Industriebevölkerung aus gewissen Einzelzentren und Stadtteilen, die für Unterkunft von Truppen geeignet und für wichtige Industrien bedeutungsvoll sind unter Berücksichtigung zu verbleibender Arbeitskräfte mit deren Familien und Einrichtungen

13 Vgl. Die faschistische Okkupationspolitik in den zeitweilig besetzten Gebieten der Sowjetunion (1941–1944) [Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 5], Berlin 1991, S. 28–30; „Grüne Mappe“, Teil I, S. 16–19, Teil II, S. 49–50, in: BA Berlin, R 26IV, 33a.

14 Vgl. zu diesem Stadt-Land-Gegensatz: Penter, T., Arbeiten für den Feind in der Heimat. Der Arbeitseinsatz in der besetzten Ukraine, 1941–1944, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte H. 1 (2004), S. 65–94.

15 Vgl. zur Hungerpolitik ausführlich: Der Angriff auf die Sowjetunion. Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4, Stuttgart 1983, S. 989–1022; Gerlach, C., Krieg, Ernährung, Völkermord. Forschungen zur deutschen Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg, Hamburg 1998; Moskoff, W., The bread of affliction. The food supply in the USSR during World War II, Cambridge 1990; Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges (Ausstellungskatalog), Hamburg 2002, S. 287–360 (s. dazu **Dok. 242** u. **Dok. 245**).

strengstens abgesperrter Stadtteile für die nicht ansatzfähige Bevölkerung in Anlehnung an den Gedanken von Konzentrationslagern im größten Stil. [...] Es wird hierbei an die Großghettos in Warschau und anderen Städten gedacht.“¹⁶ Der Verbindungsoffizier hielt die dritte Variante für die erfolgversprechendste, da im ersten Fall „der Mob der Industriestädte [...] sich unkontrollierbar über die weiten Landflächen ergießen und sich über die [...] Lebensmittel und Viehvorrate hermachen“ und im zweiten Fall auch „der wichtigste Teil der Bevölkerung“ – die Arbeitskräfte – „zu Grunde gehen“ würde. Das Donezbecken war infolge der starken Industrialisierung schon immer ein landwirtschaftliches Zuschussgebiet gewesen und zudem von den deutschen Truppen während des monatelangen Stellungskrieges völlig „kahlgefressen“ worden, wie es in den Lageberichten der Besatzungsbehörden hieß.

Um dem Hunger in den Städten zu entfliehen, versuchte ein Großteil der Bergbaubevölkerung in den ersten Besatzungsmonaten auf das Land abzuwandern oder sich durch Tauschgeschäfte mit der Landbevölkerung Lebensmittel zu verschaffen. Angesichts von Lebensmittelzuteilungen im Umfang von täglich 325 Gramm Brot pro Kopf der arbeitenden Bevölkerung – ohne Verpflegung der Familienangehörigen – war die Arbeit im Bergbau unattraktiv. Die neben den geringen Lebensmittelrationen an die arbeitende Bevölkerung gezahlten Arbeitslöhne, die sich an den sowjetischen Vorkriegstarifen orientierten, standen in keinem Verhältnis zu den horrenden Preisen auf den entstehenden Schwarzmärkten. Gemessen an den herrschenden Schwarzmarktpreisen entsprach das monatliche Lohneinkommen eines Arbeiters einer Kaufkraft im Reich von etwa fünf Reichsmark. Daneben erhielten die Bergleute manchmal Kohlezuteilungen.¹⁷ Im April meldete die Wirtschaftsinpektion Süd zur Lage der etwa 24.000 bei der BHO beschäftigten Bergleute, unter denen sich auch zahlreiche Frauen befanden: „Der Ernährungszustand der Leute ist zum Teil derartig schlecht, dass sie vor Entkräftung kaum arbeiten und vielfach nur durch Zwang zum Erscheinen zur Arbeit veranlasst werden können.“¹⁸ Aus einzelnen Bergbausiedlungen berichteten die militärischen Verwaltungsbehörden im März 1942 von „deutlichen Anzeichen des langsamen Verhungerns“, nämlich der Verbreitung von Hungerödemen in der Bevölkerung.¹⁹

In Char'kiv forderte der Hungerwinter 1941/42 Tausende von Opfern. Dagegen war in Stalino die Zahl der Hungertoten offenbar deutlich geringer. Das ist möglicherweise darauf zurückzuführen, daß die „Hamsterfahrten“ der Stadtbevölkerung auf das Land in Stalino, anders als in Char'kiv, von den Besatzungsbehörden nicht unterbunden, sondern zunächst weitgehend zugelassen wurden.²⁰ In einem Bericht

16 Vgl. „Gedanken über die Evakuierung der Bevölkerung aus den Industriestädten im Donezgebiet im Interesse der Sicherheit und Ernährung der deutschen Wehrmacht“, in: NA, T 77, roll 1179, Bl. 970–971.

17 BA-MA, RW 31/ 262, 409, 431; RH 22, 91; DADO, F. R–1622, Op. 1, D. 1, Bl. 24–26 (Dok. 244).

18 Lagebericht der WiS von April 1942, in: BA-MA, RW 31, 431.

19 KTB 2, Anlage 18, in: NA, T 77, roll 1103.

20 Nach Angaben der ukrainischen Stadtverwaltung fielen der Hungerkatastrophe bis September 1942 mindestens 11.918 Menschen zum Opfer. Char'kiv wurde von der deutschen Militärverwal-

der Oberfeldkommandantur Donez vom 24. September 1942 heißt es dazu: „Die reiche Natur der Ukraine hat bisher auch den Nichtversorgten die Aufrechterhaltung ihrer Existenz ermöglicht. Allerdings konnte das nur dadurch erreicht werden, dass man den starken Wanderverkehr der städtischen Bevölkerung aufs Land zum Zweck der Beschaffung von Nahrungsmitteln nicht unterbunden hat.“²¹ Bei diesen Wanderungen legten die Menschen manchmal mehrere hundert Kilometer zu Fuß zurück. Der Zeitzeuge Jakov Golin erinnert sich: „Das Leben war sehr hart, besonders für Frauen mit Kindern. Im Winter gingen sie, komme was da wolle, aufs Dorf, um Lebensmittel einzutauschen. Viele erfroren auf dem Weg dorthin und wurden tot zurückgebracht.“²²

Unter diesen Bedingungen war es für die deutschen Besatzungsbehörden zunächst schwer, Arbeitskräfte zu rekrutieren. Dabei besaß der Arbeitseinsatz Ende 1941 für die deutschen Besatzungsbehörden nicht primär eine wirtschaftliche Funktion, sondern sollte vielmehr dazu dienen, „die arbeitslose Stadtbevölkerung unter möglichst produktiver Ausnutzung ihrer Arbeitskraft an die Stadt zu binden“ und die Abwanderung aufs Land zu verhindern. Zum einen sollte damit unterbunden werden, dass die Zuwanderer dem Land „auf Kosten der Truppe und der deutschen Heimat“ unkontrolliert Nahrungsmittel entzogen. Zum anderen wollte man die „politisch stärker verseuchte Stadtbevölkerung“ durch die Beschäftigung von oppositioneller Tätigkeit abhalten. Die Arbeitsämter, die von den Wirtschaftskommandos in allen für Wirtschaft und Armee bedeutenden Orten errichtet wurden, gehörten zu den ersten Verwaltungseinrichtungen, die in den neu besetzten Gebieten ihre Tätigkeit aufnahmen. Sie waren in der Regel nur mit einem oder zwei deutschen Beamten besetzt, denen nicht selten Hunderte von einheimischen Kräften unterstanden. Die Hauptaufgabe der Arbeitsämter war die restlose Erfassung aller freien Arbeitskräfte und die Deckung des lokalen Arbeitskräftebedarfs sowie seit 1942 auch des Bedarfs an „Ostarbeitern“ für das Reich. Die obligatorische Registrierung der Bevölkerung bei den Arbeitsämtern erfolgte aus den genannten Gründen zunächst schleppend. In Stalino hatten sich bis März 1942 nicht einmal die Hälfte aller Meldepflichtigen beim Arbeitsamt registrieren lassen. Mehrere Arbeitsämter meldeten daher bereits im Januar und Februar „zur Bekämpfung des Arbeitsunwillens“ die Durchführung von Zwangsmaßnahmen in Form von Razzien durch die ukrainischen Polizeikräfte, Passkontrollen, Einführung der Prügelstrafe und Durchführung durch die ukrainische Polizei, Verhängung von Haftstrafen bis zu 14 Tagen und Einrichtung von Arbeitslagern. Manchmal ließen die Arbeitsbehörden auch den SD mit „drakonischen Strafen“ eingreifen.²³

tung systematisch abgeriegelt und in ein „Hungerghetto“ verwandelt. Vgl. dazu Verbrechen der Wehrmacht, S. 328–346 (wie Anm. 15). Genaue Zahlen für Stalino liegen in den verfügbaren Akten nicht vor. Vgl. Lagebericht der WiS von Mai und Juni 1942, in: BA-MA, RW 31, 431.

21 Vgl. BA-MA, RH 22, 91.

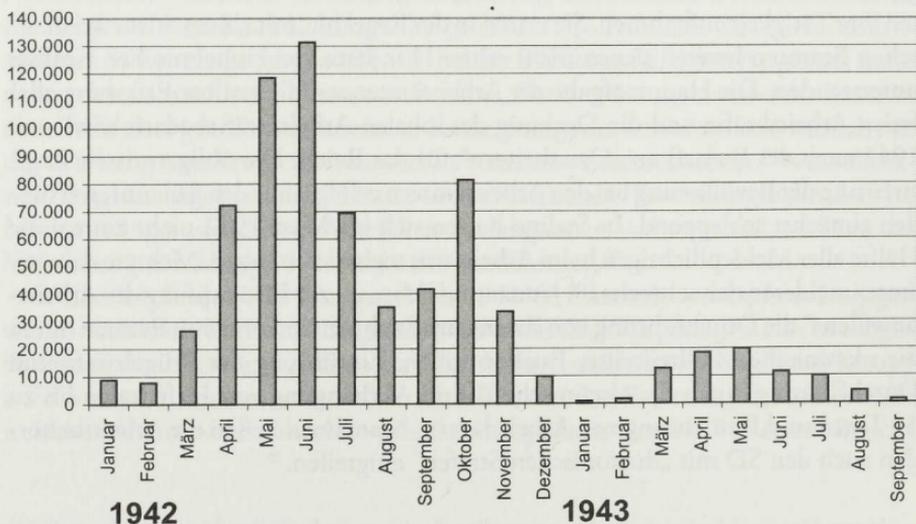
22 Interview mit Jakov M. Golin, aufgezeichnet im April 2002 in Donec'k.

23 Vgl. Bericht der Gruppe Arbeit beim Wirtschaftsstab Ost vom 20. November 1941, in: BA-MA, RW 31, 243, Bl. 158–162; Schlussübersicht über den Kriegseinsatz 1941 der WiS, in: NA, T77, roll 1103; Lagebericht der WiS von März 1942, in: BA-MA, RW 31, 431; KTB WiS vom 21. Ja-

Rettung durch den Reichseinsatz? Attraktiver als der „hungrige“ Arbeitseinsatz vor Ort war für einen Teil der Zivilbevölkerung – zumindest in der Anfangszeit – die Meldung für den Reichseinsatz, da die Werber-Kommissionen deutlich höhere Verpflegungssätze in Aussicht stellten und zudem die Versorgung der zurückbleibenden Angehörigen versprachen. Bereits im Januar 1942 trafen im Donezbecken die ersten Kommissionen ein, die Arbeitskräfte für das Reich anwerben sollten. Am 15. Februar 1942 ging der erste Transport mit über 1.000 Facharbeitern von Stalino nach Deutschland. Bis Ende des Monats hatten sich in Stalino über 20.000 Menschen „freiwillig“ für den Einsatz im Reich gemeldet, vor allem begründet durch die schwierigen Ernährungsverhältnisse vor Ort.²⁴ Manche hatten sich von der propagandistischen Besatzungspresse blenden lassen, die ein glanzvolles – völlig realitätsfernes – Bild von den Arbeits- und Lebensbedingungen der „Ostarbeiter“ in Deutschland zeichnete: „Alle abgereisten erhalten, ganz gleich wo sie arbeiten, unvergleichlich bessere Bedingungen als die, unter denen sie zuvor arbeiten und leben mussten. In Bezug auf Arbeit und Alltag sind sie dem deutschen Arbeiter gleichgestellt und in einigen anderen Aspekten haben sie sogar bessere Bedingungen. So erhält der ukrainische Arbeiter, der an reichliche und besondere Kost gewohnt ist,

Schaubild 1: Deportation von „Ostarbeitern“ ins Reich innerhalb der Wirtschaftsinspektion Süd 1942 bis 1943²⁵

Ostarbeiter



nuar und 2., 3., 5., 6. Februar 1942, in: NA, T77, roll 1103.

24 Vgl. Doneckij Vestnik, 29. Januar 1942; 1. Februar 1942; 15. Februar 1942; 9. August 1942; BA-MA, RW 31, 410.

25 Müller, R.-D. (Hrsg.), Die deutsche Wirtschaftspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten 1941–1943. Der Abschlussbericht des Wirtschaftsstabes Ost und Aufzeichnungen eines Angehörigen des Wirtschaftskommandos Kiew, Boppard am Rhein 1991, S. 549–550.

eine erhöhte Norm an Kartoffeln und Getreide. Es wurden spezielle Mensen mit ukrainisch-russischen Köchen organisiert, die es verstehen die nationalen Gerichte zuzubereiten, an die die Neuankömmlinge gewöhnt sind.²⁶

Insgesamt wurden aus dem Donezbecken nach sowjetischen Angaben über 330.000 Menschen als „Ostarbeiter“ ins Reich verschleppt, davon 252.239 aus dem Gebiet Stalino und 74.047 aus dem Gebiet Vorošilovgrad. Aus dem Zuständigkeitsbereich der gesamten Wirtschaftsinspektion Süd wurden von Januar 1942 bis September 1943 über 700.000 Menschen ins Reich deportiert, etwa zwei Drittel von ihnen bereits bis zum Juli 1942. Über die Hälfte der Verschleppten waren Frauen.²⁷

Die Zahl der „Freiwilligen“ für den Reichseinsatz ging schnell zurück, als sich herausstellte, dass das Versprechen, die Angehörigen zu versorgen, von den Besatzungsbehörden nicht eingehalten wurde. So berichtete die Wirtschaftsinspektion Süd bereits im April 1942, dass Arbeitskräfte für das Reich mit Hilfe der lokalen Polizei zwangsweise rekrutiert werden mussten. Auch über die katastrophalen Bedingungen für die „Ostarbeiter“ während des Transports und später im Reich war die lokale Bevölkerung zu diesem Zeitpunkt bereits erstaunlich gut informiert.²⁸ Im Hinblick auf die „Freiwilligkeit“ des Reichseinsatzes lautete eine Direktive des Oberkommandos des Heeres vom 10. Mai 1942: „Die Meldung zum Arbeitseinsatz im Reich soll grundsätzlich freiwillig sein. Wo die Zahl der Bewerber jedoch hinter den Erwartungen zurückbleibt, werden die betreffenden Gemeinden Mindestauflagen zu erfüllen haben.“²⁹

Wachsender Konkurrenzkampf um Arbeitskräfte – bessere Verpflegung für Bergleute: Seit dem Sommer 1942 gerieten die Rekrutierungen für den Reichseinsatz zunehmend in Konkurrenz zu dem steigenden lokalen Bedarf, insbesondere an Fachkräften. Auch im Steinkohlenbergbau konnte der mit dem fortschreitenden Wiederaufbau laufend steigende Bedarf an Arbeitskräften nicht gedeckt werden, so dass die BHO im Juni 1942 meldete: „Die Belegschaft blieb hinter der erwarteten und bei den Arbeitsämtern angeforderten Zahl erheblich zurück, ganze Abbaufrenten stehen leer, infolge zu schwacher Belegung und zu langsamen Abbaufortschritts gingen eine Reihe Streben zu Bruch. Infolge der in den letzten Monaten stattgefundenen Abwanderung aus dem lebensmittelarmen Donezgebiet stehen scheinbar bergbauliche Arbeitskräfte nicht mehr zur Verfügung. Die Arbeitsämter überwiesen fast ausschließlich Frauen und Invaliden.“³⁰

26 Doneckij Vestnik, 26. April 1942, S. 3.

27 Vgl. CDAHOU, F. 1, Op. 23, D. 1478, Bl. 7; BA-MA, RW 31, 418; Müller, Die deutsche Wirtschaftspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten, S. 549–550 (wie Anm. 26).

28 Vgl. Lageberichte der WiS für April und Mai 1942, in: BA-MA, RW 31, 431.

29 Vgl. Müller, N., Okkupation – Raub – Vernichtung. Dokumente zur Besatzungspolitik der faschistischen Wehrmacht auf sowjetischem Territorium 1941 bis 1944, Berlin (Ost) 1980, S. 292.

30 Vgl. Bericht der Abteilung Donezkohle der BHO an die WiS vom 12. Juli 1942 über Schwierigkeiten bei der Kohlenförderung, in: BA-MA, RW 31, 432 (Dok. 47).

Bereits im April 1942 hatte die BHO daher gegenüber Vertretern des Wirtschaftsstabes Ost und der Vierjahresplanbehörde gefordert, dass die bereits für sie tätigen Bergleute nicht von den Sauckel-Kommissionen für den Reichseinsatz abgeworben werden dürften. Zudem setzte sich die BHO seit Juni 1942 beim Reichswirtschaftsministerium und beim Wirtschaftsstab Ost massiv für eine Verbesserung der Ernährung der Bergleute ein. Sie verlangte für die im Donezbergbau tätigen Arbeitskräfte die gleichen Verpflegungssätze, wie sie die sowjetischen Zivilarbeiter und Kriegsgefangenen im deutschen Bergbau erhielten. Bis dahin hatten die Bergleute gemäß den Verpflegungssätzen des Wirtschaftsstabes Ost für Schwerarbeiter „weniger bekommen als der russische Normalarbeiter in Deutschland, und weniger als die Hälfte des russischen Bergarbeiters im Reich“. Vielfach waren sogar diese Sätze gar nicht zur Ausgabe gekommen. Zudem kam es unter den Bergleuten zu Missstimmungen, als sie erfuhren, dass die einheimischen Beschäftigten der Stadtverwaltungen, die keine Schwerarbeit leisten mussten, im Gegensatz zu ihnen Sonderzuweisungen erhielten.³¹

Paul Pleiger erreichte, dass Hitler am 1. Juli einen Führerbefehl unterzeichnete, in dem er den schnellen Wiederaufbau der Kohlenförderung im Donezgebiet als „eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Weiterführung der Operationen im Osten und die Ausnutzung des russischen Raumes für die deutsche Kriegswirtschaft“ anerkannte. Zu den dort angeordneten Sondermaßnahmen zählte auch die Sicherstellung der Ernährung für die Arbeitskräfte im Bergbau, sowohl zivile Arbeitskräfte als auch Kriegsgefangene.³² In der Folge verbesserte sich die Verpflegung zumindest der zivilen Bergleute und ihrer Angehörigen offenbar deutlich, vor allem weil die Rationen nun auch tatsächlich ausgegeben wurden. Zu diesem Zweck waren vermehrt Werksküchen eingerichtet worden. Der Verpflegungsnachteil gegenüber den ins Reich deportierten Arbeitskräften blieb jedoch weiterhin bestehen: Erhielten die sowjetischen Bergleute unter Tage im Reich etwa 3.000 Kalorien am Tag, waren es im Donezbergbau auch nach der Erhöhung der Rationen nur etwa 2.200 Kalorien und für die über Tage Beschäftigten sogar nur 1.500 Kalorien.³³

Die Belegschaft des Steinkohlenbergbaus erfuhr seit Juli 1942 einen deutlichen Zustrom und stieg bis November auf über 100.000 an (siehe Tab. 2). Das hatte vor allem drei Ursachen: Zum einen kehrten durch die Sicherstellung der Ernährung zahlreiche Bergleute freiwillig zu ihren Gruben zurück. Zum anderen waren im Zuge der Sommeroffensive im östlichen Donezbecken neue Bergbaugebiete hinzugekommen, die allerdings ebenfalls sehr große Zerstörungen durch die Rote Armee aufwiesen. Der Verlust dieser Gebiete bereits im Februar 1943 erklärt auch das neu-

31 Vgl. BA-MA, RW 31, 339, 344; RH 22, 92; BA, R 3101, 31156; Ereignismeldung UdSSR Nr. 187 vom 30. März 1942, in: BA, R 58, 221, Bl. 184 (**Dok. 247** u. **Dok. 249**).

32 Im Hinblick auf den konkreten Umfang der Verpflegungsrationen existieren in den Akten mindestens zwei Varianten des Befehls; in beiden Fällen wurde jedoch eine Besserstellung gegenüber den zuvor geltenden Sätzen erreicht. Vgl. BA-MA, RH 22, 92; RW 31, 976 (**Dok. 45**).

33 Vgl. BA-MA, RW 31, 344, 414.

erliche starke Absinken der Belegschaftskurve im März 1943. Ein dritter Grund war der Einsatz von sowjetischen Kriegsgefangene in den Gruben seit Juli 1942.³⁴

Tab. 2: Belegschaftsentwicklung und Schichtleistung im Donezbergbau 1942 bis 1943³⁵

Beschäftigte	Jan-April 1942	Mai 1942	Juni 1942	Sept. 1942	Okt. 1942	Nov. 1942	Dez. 1942	März 1943	April 1943	Mai 1943	Juni 1943	Juli 1943	Aug. 1943
Zivilarbeiter	24.000	18.000	20.000	37.571	49.108	88.586	88.000	35.000	41.180	49.254	48.044	55.441	54.296
Kriegsgef.				21.388	16.000	11.846	8.204					310	
Insgesamt	24.000	18.000	20.000	58.959	65.108	100.432	96.204	35.000	41.180	49.254	48.044	55.751	54.296
Davon in neu hinzugekommenen Gebieten						37.749	36.500						
Monatliche Förderleistung pro Arbeitskraft (auf Gesamtbelegschaft) (in t)		3,3	2,9	2,4	3,7	3,0	4,1	6,3	6,0	6,3	8,2	8,2	7,6

³⁴ Vgl. BA-MA, RW 31, 433; RH 22, 92.

³⁵ BA-MA, RW 31, 418, 421, 423, 424, 426, 431, 432, 433, 434, 437, 439, 477, 261, 976; BA, R 3101, 34174, Bl. 156; NA, T 77, roll 1104, 1105.

Der Arbeitseinsatz sowjetischer Kriegsgefangener im Bergbau: Der Führerbefehl vom 1. Juli 1942 sah vor, den Arbeitskräftemangel im Donezbergbau durch die Bereitstellung von 60.000 Kriegsgefangenen, 30.000 bereits im Juli und weitere je 15.000 im August und September, zu beseitigen. Bis Mitte August 1942 wurden nach Fertigstellung der Lager bei den Bergwerken dem Bergbau etwa 22.000 Kriegsgefangene gestellt. Sie arbeiteten zum größten Teil über Tage beim Wiederaufbau der Schachtanlagen und bei Aufräumarbeiten. Ein großer Teil der Kriegsgefangenen konnte aufgrund eines schlechten Gesundheitszustandes gar nicht oder zumindest nicht unter Tage eingesetzt werden. Für die Durchführung des Kriegsgefangeneinsatzes, Unterbringung, Bewachung und Ernährung war die Oberfeldkommandantur 397 zuständig, die seit November 1942 dem Oberkommando des Heeres direkt unterstellt war.³⁶

Ende September befanden sich bereits 39.000 Kriegsgefangene in den Lagern, von denen jedoch wegen des schlechten Gesundheitszustandes, mangelnder Kleidung und fehlender Bewachungskräfte nur etwas mehr als die Hälfte zur Arbeit eingesetzt werden konnten. Im November konnten von 46.000 Kriegsgefangenen nur etwa 11.800 beim Bergbau beschäftigt werden, über 10.000 waren aus Gesundheitsgründen nicht einsetzbar, der Rest wurde beim Ausbau der Winterunterkünfte, beim Eisenbahnbau, bei der Haldenabfuhr und bei anderen Dienststellen eingesetzt. Bis zum Jahresende 1942 hatte sich die Zahl der Kriegsgefangenen im Bergbau auf 8.200 reduziert. Die Sterblichkeit war extrem hoch und betrug nach Angaben der Oberfeldkommandantur Donez im November in den Bergbau-Stammlagern über zwölf Prozent monatlich. In vielen Lagern herrschten Fleckfieber und Typhus.³⁷ Der Inspekteur der Wirtschaftsinspektion Nagel äußerte zur hohen Sterblichkeit der Kriegsgefangenen auf einer Kommandeur-Haupttagung im November 1942: „Ich werde den Gedanken nicht los, als ob bei der Ernährung der Kriegsgefangenen die unbedingt nötige Rücksicht auf die Erhaltung ihrer Arbeitskraft vielfach vergessen worden ist. Manches wird hier schwer wieder gut zu machen sein. Es wird auch nicht immer an den Verpflegungsmengen liegen, die für die Kriegsgefangenen ausgeworfen sind, sondern oftmals mehr daran, ob die ihnen zustehenden Mengen auch wirklich ausgegeben und in nutzbarster Form zubereitet und verabfolgt sind. Die vielfachen Krankheitserscheinungen und die hohe Sterblichkeit in vielen Lagern lassen den Schluss zu, dass hier zu irgendwelchen Zeiten nicht die erforderlichen Maßnahmen getroffen sind.“³⁸

Die Arbeitsleistung der Kriegsgefangenen war gering, was neben ihrem schlechten Gesundheitszustand auch darauf zurückzuführen ist, dass der größte Teil von ihnen Bauern waren und nur sehr wenige Bergleute oder andere Facharbeiter. Unter den 4.200 Kriegsgefangenen der Gruppe Čistjakovo befanden sich im November 1942 zum Beispiel nur 250 ausgebildete Bergleute. Außerdem leisteten die Kriegsgefangenen zunehmend passiven Widerstand, der sich darin äußerte, dass

36 BA-MA, RW 31, 976, 433, 343, 418; RH 22, 92, Bl. 34–35.

37 BA-MA, RW 31, 434, 976, 343, 418, 421, 485; BA, R 3101, 34174.

38 BA-MA, RW 31, 417 (Dok. 257).

nur in Anwesenheit von deutschen Aufsichtspersonen gearbeitet wurde. Darüber hinaus lehnten die Lagerleitungen den Einsatz von Kriegsgefangenen in der Nachtschicht unter Tage ab, was für die Bergwerke betriebliche Probleme mit sich brachte.³⁹ Bis zum März 1943 waren Kriegsgefangene daher wieder nahezu vollständig aus der Belegschaft des Steinkohlenbergbaus verschwunden. Man hatte sie in noch größerem Maße als die zivilen Arbeitskräfte im Donezbergbau einfach „verheizt“, ohne dass ihre Arbeitskraft dabei für den Bergbau besonders produktiv gewesen wäre, wie Bergassessor Wilhelm Berkenkamp, der von Juli 1942 bis September 1943 für die BHO eine Bergbau-Direktion im Donezbecken leitete, im November 1942 in einem Brief in die Heimat bemerkte: „Der Einsatz der Kriegsgefangenen ist ein Kapitel für sich. Die Leute sind halbverhungert und schleichen durch die Gegend. An den Arbeitsstellen liegen sie mehr, als dass sie stehen und arbeiten. Die Abgänge durch Krankheit, Tod und Fluchten sind groß.“⁴⁰ Trotzdem die Lohnkosten für die Kriegsgefangenen nur etwa halb so hoch lagen wie für Zivilarbeiter, konnte die BHO angesichts ihrer geringen Arbeitsproduktivität kein Interesse an einem weiteren Kriegsgefangeneneinsatz haben.⁴¹

Von den unmenschlichen Zuständen, die in den Kriegsgefangenenlagern in Stalino herrschten, zeugen die Erinnerungen der Rotarmisten Plachov und Šackij, denen die Flucht aus dem Lager gelungen war: „Auf dem Gelände des Lenin-Clubs existierte ein Kriegsgefangenenlager mit Lazarett, das zeitweilig bis zu 20.000 Kriegsgefangene beherbergte. Die Gebäude, in denen die Kriegsgefangenen untergebracht waren, besaßen keine Glasscheiben. Zum Aufwärmen der Gebäude, in denen sich bis zu 1.000 Menschen befanden, wurden am Tag fünf Kilogramm Kohle ausgegeben. Es kam zu Fällen massenweisen Erfrierens. Es gab keine Waschwäuser. Die Leute wuschen sich oft ein halbes Jahr nicht und litten an einer riesigen Zahl von Parasiten. In den heißen Sommermonaten erhielten die unter der Hitze leidenden Kriegsgefangenen oft drei bis fünf Tage kein Trinkwasser. Bei jedem kleinsten Anlass wurden sie von den Deutschen mit Stöcken und Kolben verprügelt. [...] Es gab am Tag 1.200g Brot für acht Personen. Das Brot wurde aus qualitativ schlechtem, verbranntem Mehl gemacht. Zudem gab es einmal täglich eine warme Suppe aus einer geringen Menge verbrannter Kleie, manchmal mit Zugabe von bis zu einem Liter Holz-Sägemehl. [...] Als Resultat eines solchen Regimes war die Sterblichkeit im Lager sehr hoch, erreichte bis zu 200 Menschen täglich.“⁴² Nach sowje-

39 BA-MA, RW 31, 485, 434.

40 BBA 55/2579 (Dok. 217).

41 Die Betriebe hatten in den besetzten Ostgebieten für jeden Kriegsgefangenen vier Rubel am Tag abzuführen, wovon drei Rubel an das Stammlager für Verpflegung und Unterkunft und ein Rubel direkt der Reichskasse zufließen. Falls die Betriebe selbst für Verpflegung und Unterkunft sorgten, musste nur ein Rubel täglich an die Reichskasse abgeführt werden. Vgl. Monatsbericht des Wirtschaftsstab Ost (1.1.–31.1.42), in: NA, T–178, roll 19.

42 Die beiden Rotarmisten traten 1946 in dem sowjetischen Strafprozess gegen führende Mitglieder der Stadtverwaltung Stalino unter deutscher Besatzung als Zeugen auf. Vgl. Archiv des Sicherheitsdienstes der Ukraine im Gebiet Donec'k (ASBUDO), F. 1, D. 60090, T. 5, Bl. 154, 180 (vgl. außerdem Dok. 128 u. Dok. 309).

tischen Angaben kamen allein im Gebiet Stalino (Donec'k) im Besatzungszeitraum bis zu 150.000 sowjetische Kriegsgefangene ums Leben.⁴³

„*Erhaltung und Vermehrung der Arbeitskraft*“ als neue Parole: Seit Herbst 1942 machte sich, bedingt durch den fortschreitenden Wiederaufbau von Industriebetrieben und Frontwerkstätten sowie durch den steigenden Bedarf der Armee an „Hilfswilligen“ und Arbeitskräften für Schanz- und Stellungsbauarbeiten, der Arbeitskräftemangel immer schärfer bemerkbar. Er stellte die Wirtschaftsbehörden vor die unlösbare Aufgabe, innerhalb kürzester Zeit zum einen den lokalen Sofortbedarf an Arbeitskräften zu decken sowie zum anderen die nach wie vor hohen Auflagen für den Reichseinsatz zu erfüllen. Die zunehmende Bedeutung des Arbeitseinsatzes zeigte sich nicht zuletzt an der wachsenden Zahl von Arbeitsbehörden und deutschen Beamten: Waren im Mai 1942 40 Arbeitsbehörden und 19 Nebenstellen mit nur 61 deutschen Beamten besetzt, so waren es im August 1942 bereits 63 Arbeitsbehörden, 57 Nebenstellen und 138 deutsche Beamte, die etwa 3.000 einheimische Kräfte anleiteten. Auch die Arbeitseinsatzpolitik der lokalen Besatzungsbehörden vollzog angesichts dieser neuen Situation einen deutlichen Wandel: Hatte bis dahin bei Vielen der Glaube vorgeherrscht, nahezu unbegrenzt über Arbeitskräfte verfügen zu können, wurde nun zum einen die „Erhaltung und Vermehrung der Arbeitskraft“ zur vorrangigen Parole, zum anderen aber auch die möglichst vollständige Erfassung aller vorhandenen Arbeitskräfte.⁴⁴

Zur Steigerung der Arbeitsleistung erhöhte man nicht nur die Arbeitszeit von 48 auf 54 Wochenstunden, wobei im Bergbau die Schichtzeiten von 8 $\frac{3}{4}$ Stunden für die Untertagearbeiter und einer Stunde mehr für die Übertagearbeiter der Arbeitszeitregelung im Reich entsprachen. Seit Jahresende 1942 wurden zudem in vielen Betrieben Akkordarbeit und Leistungsprämien eingeführt. Bis Mai 1943 erfolgte auch im Bergbau ein Wechsel von der Zeit- zur Gedingearbeit. Allerdings betraf dies nur den Kohlenabbau, während die Schlepper, Abräumer und Übertagearbeiter weiterhin Schichtlohn erhielten. Leistungssteigerungen wurden zudem durch die Vergabe von Prämien in Form von zusätzlichen Lebensmittelzuteilungen oder später auch Freizeitprämien, beispielsweise für Überlandfahrten, erzielt.⁴⁵ Die Ernährungssituation der Zivilbevölkerung im Inspektionsbereich blieb aufgrund von Transportproblemen weiter angespannt. Die offiziellen Ernährungssätze konnten im Mai 1943 nur zu 65 Prozent tatsächlich ausgegeben werden. Eine leichte Verbesserung der Versorgungslage wurde durch umfangreiche Zuweisungen von Gartenland an die Arbeitskräfte erreicht. Diese hatte allerdings negative Auswirkungen

43 Ionov, Ol., *Zločynstva Nimciv u Donbasi* [Verbrechen der Deutschen im Donbass], Kiev 1946, S. 15. Vgl. zur Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen in der Ukraine auch Berkhoff, K. C., *The „Russian“ Prisoners of War in Nazi-Ruled Ukraine as Victims of Genocidal Massacre*, in: *Holocaust and Genocide Studies* 15 (2001), S. 1–32.

44 Vgl. dazu NA, T 77, rolls 1104, 1105; BA-MA, RW 31, 418, 434.

45 Vgl. DADO, F. R–1611, Op. 1, D. 2, Bl. 5; BA-MA, RW 31, 418, 477, 423.

auf die Arbeitsdisziplin, da sich zahlreiche Arbeiter beurlauben ließen oder Krankheit vortäuschten, um ihr Land zu bestellen.⁴⁶

Wie sich der ukrainische Bergmann Valentin Nikitenko erinnert, besaßen die Bergleute im Vergleich zu anderen Gruppen der lokalen Bevölkerung größere Mobilitätsfreiräume: „Jeder der arbeitete, bekam einen Ausweis. Ich durfte nachts während der Sperrstunde ausgehen, weil das Bergwerk rund um die Uhr arbeitete. Und mit diesem Ausweis durften wir uns überall bewegen, beinahe durch die ganze Ukraine, zum Beispiel wenn wir zu Fuß unterwegs waren, um Brot zu holen.“⁴⁷ Dies stellte zur damaligen Zeit ein Privileg dar, das für die Beschaffung von Nahrungsmitteln von zentraler Bedeutung war und nicht allen Gruppen der städtischen Bevölkerung gewährt wurde. Die Vorgesetzten scheinen das Fernbleiben der Arbeitskräfte stillschweigend toleriert zu haben. So erklärt sich, dass täglich bis zu 25 Prozent der Belegschaft fehlten. Die auf diese Weise eingesparten Verpflegungsrationen wurden an die restliche Belegschaft als Leistungsprämien ausgegeben.⁴⁸

Für die nicht arbeitende Bevölkerung waren Fahrten von der Stadt aufs Land und umgekehrt wesentlich schwieriger, da Ausweise und Passierscheine, die an den Kontrollposten vorgezeigt werden mussten, nur an diejenigen ausgegeben wurden, die in deutschen Diensten standen.⁴⁹ Wer keine Dokumente besaß, konnte leicht in den Verdacht geraten, ein Widerstandskämpfer zu sein. Dazu erinnerte sich Nikitenko: „Wer arbeitete wurde nicht verfolgt. [...] Wer nicht arbeitete und keinen Ausweis hatte, den warf die SS in den Schacht.“⁵⁰ Nikitenko meinte damit das am östlichen Stadtrand von Stalino gelegene Bergwerk 4–4 bei „Kalinovka“, in dem nach der Befreiung des Donbass eines der größten Massengräber der Region mit – nach Schätzungen der Moskauer Staatskommission zur Aufklärung der deutschen Kriegsverbrechen – bis zu 75.000 Leichen vorgefunden wurde.⁵¹

Auch auf alte sowjetische Methoden der Leistungssteigerung griff man im Bergbau – mit überwiegend gutem Erfolg – zurück: Beispielsweise wurden die besten Arbeiter durch Aushängen ihrer Namen in den Betrieben öffentlich belobigt. Unter Hinzuziehung ukrainischer Fachleute beriet man sogar ernsthaft über die Einführung früherer sowjetischer Arbeitsmethoden, insbesondere der Stachanov-Bewegung.⁵² Diese geht auf den Bergmann Stachanov zurück, der 1935 während einer Nachtschicht im Donbass-Bergbau 102 Tonnen Kohle hieb und damit die Norm zu 1.457 Prozent erfüllte.⁵³ Ursprünglich als Industriekampagne geplant, sollte die Stachanov-Bewegung vor allem dazu beitragen, die Arbeiter durch Leistungsanreize zur Übererfüllung der Normen zu bewegen und damit den Faktor Arbeit pro-

46 Vgl. RGVA, F. 700, Op. 1, D. 40, Bl. 47–52; BA-MA, RW 31, 423, 477.

47 Vgl. Interview mit Valentin Nikitenko (geb. 1926), aufgezeichnet im Juni 2001 in Donec'k.

48 Vgl. BA-MA, RW 31, 477, 423.

49 CDAHOU, F. 62, Op. 1, D. 183, Bl. 27–36.

50 Vgl. Interview mit Valentin Nikitenko (geb. 1926), aufgezeichnet im Juni 2001 in Donec'k.

51 Vgl. ASBUDO, F. 1, D. 60090, T.5, Bl. 156–177.

52 BA-MA, RW 31, 423, 424.

53 Dass ihm dabei zahlreiche Helfer zur Seite standen, die Kohle und Schutt wegräumten und den Streb sicherten, wurde von der Propaganda verschwiegen.

duktiver zu machen. Sie entwickelte sich aber schnell zu einer Massenbewegung, die weit über die ökonomische Bedeutung hinausging und für viele Sowjetbürger zum Symbol des Aufbruchs und der neuen Arbeitsmoral wurde. Die enorme Breitenwirkung der Stachanov-Bewegung schöpfte ihre Kraft nicht zuletzt aus dem Glauben vieler Arbeiter an die Modernisierung und den permanenten Fortschritt im Sowjetsystem.⁵⁴

Die Maßnahmen zur Leistungssteigerung scheinen im Bergbau erfolgreich gewesen zu sein, was sich darin äußerte, dass das Förderergebnis vom Januar 1943 bereits im Juli trotz der großen Gebietsverluste vom Frühjahr und mit nur etwas mehr als der Hälfte der damaligen Belegschaft leicht übertroffen wurde (siehe Tab. 1, 2). Die Schichtleistung je Belegschaftsmitglied zeigte eine stetig ansteigende Kurve und erreichte in einzelnen Bergwerken bis zu 0,8 Tonnen. Nach Ansicht der Chefgruppe Arbeit der Wirtschaftsinspektion Süd wurde „in der größeren Zahl der Schächte die Leistung der Sowjetzeit bereits erreicht“.⁵⁵ Im Gesamtdurchschnitt lag die Schichtleistung jedoch auch im Juli 1943 noch bei etwa 0,3 Tonnen und damit deutlich unter der sowjetischen Vorkriegsleistung.⁵⁶

Der Anstieg der Förderleistung mag umso mehr überraschen, als laut einer im Juli 1943 durchgeführten Überprüfung im Steinkohlenbergbau weiterhin ein großer Mangel an Facharbeitern bestand. Danach arbeiteten in den Untertagebetrieben zu fast einem Drittel Frauen, zu sechs Prozent nicht voll einsatzfähige Arbeitskräfte, und auch der Anteil von Jugendlichen war verhältnismäßig hoch. Insgesamt stellten die gelernten Bergleute weniger als die Hälfte der Belegschaft im Donezbergbau (siehe Tab. 3).⁵⁷ Außerdem waren die allgemeinen Arbeitsbedingungen für die Bergleute außerordentlich schlecht: Viele besaßen weder Arbeitskleidung noch Schuhwerk und Seife. Der Gesundheitszustand der Bergarbeiter galt als allgemein problematisch; insbesondere Haut- und Lungenkrankheiten waren verbreitet.⁵⁸ Zudem überrascht es, dass es trotz der großen Zahl unqualifizierter Arbeits-

54 Vgl. dazu: Maier, R., *Die Stachanov-Bewegung 1935–1938. Der Stachanovismus als tragendes und verschärfendes Moment der Stalinisierung der sowjetischen Gesellschaft*, Stuttgart 1990; Siegelbaum, L. H., *Stakhanovism and the Politics of Productivity in the USSR, 1935–1941*, Cambridge 1988.

55 Vgl. BA-MA, RW 31, 477.

56 Im sowjetischen Bergbau lag die Förderleistung pro Mann und Schicht – jeweils berechnet für die Gesamtbelegschaft – unter einer Tonne während sie im Ruhrbergbau bis zu 1,6 Tonnen erreichte. Dabei war die Schichtleistung in den einzelnen Bergwerken sowohl im Donbass als auch im Ruhrrevier sehr unterschiedlich. Die geringere Schichtleistung im Donezbergbau unter der Okkupation erklärt sich auch daraus, dass ein größerer Teil der Arbeitskräfte zu Wiederaufbauarbeiten über Tage eingesetzt werden musste. Waren vor dem Krieg über drei Viertel der Gesamtbelegschaft unter Tage beschäftigt, so arbeitete unter der Besatzung nur etwa ein Drittel der Arbeitskräfte unter Tage. Allerdings war auch im deutschen Bergbau der Anteil der Übertagebelegschaft in den Kriegsjahren deutlich angestiegen. Vgl. BA-MA, RW 31, 412, 485; Jasnopol'skij, Kamennougol'naja Promyšlennost', T. 1, S. 190–208 (wie Anm. 3).

57 Der Anteil an qualifizierten Bergarbeitern betrug bei den Hauern und Lehrhuern elf Prozent und bei den Zimmerhuern sechs Prozent. Zum Vergleich: Im Ruhrkohlenbergbau betrug 1942 der Anteil der Hauer und Lehrhauer 44 Prozent und der Zimmerhauer zehn Prozent. Vgl. BA-MA, RW 31, 441.

58 BA-MA, RW 31, 477; NI 4332.

kräfte in den Gruben im Besatzungszeitraum offenbar nicht zu größeren Unglücken kam. Jedenfalls finden Grubenunglücke weder in der Überlieferung der Wirtschaftsbehörden und der BHO noch in der Besatzungspresse Erwähnung.

Tab. 3: Beschäftigte im Donezbergbau im Juli 1943⁵⁹

	Anzahl	Prozent
Zahl der Betriebe (mit über 10 Beschäft.)	114	
Beschäftigte	55.751	100
Davon: Angestellte insgesamt	5.845	10,5
<i>Davon: Technische Angestellte</i>	2.165	<i>(Von Angestellten insg.) 37,0</i>
Arbeiter insgesamt	48.980	87,9
<i>Davon: Gelernte Arbeiter</i>	21.702	<i>(von Arbeitern insg.) 44,3</i>
<i>Angelernte Arbeiter</i>	4.911	<i>(von Arbeitern insg.) 10,0</i>
<i>Ungelernte Arbeiter u. Hilfspersonen</i>	22.367	<i>(von Arbeitern insg.) 45,7</i>
Lehrlinge	616	
Kriegsgefangene	310	
Geleistete Arbeitsstunden im Juli 1943	13.132.00	durchschnittl. 58 Wochenstd./Arbeitskraft
Monat. Löhne und Gehälter einschl. der ausgegebenen Naturalien (in Rubel)	19.390.00	durchschnittl. 347/Arbeitskraft

Eine nennenswerte Erhöhung der Arbeitslöhne erfolgte über den gesamten Besatzungszeitraum nicht. Man orientierte sich durchgehend an den alten sowjetischen Tarifen, wenngleich der Gedingelohn auch schon einmal 50 Prozent und mehr darüber liegen konnte. Im Juli 1943 betrug der durchschnittliche Monatslohn eines Bergmanns einschließlich der ausgegebenen Naturalien 347 Rubel (35 Reichsmark) vor Abzug der zehnpromzentigen Lohnsteuer. Die Ingenieure und Markscheider wurden nach festen Angestelltentarifen bezahlt. Ein Oberingenieur oder Trestmarkscheider konnte monatlich zwischen 1.000 und 1.200 Rubel verdienen, ein einfacher Ingenieur oder Grubenmarkscheider zwischen 700 und 1.000 Rubel. Auf dem Schwarzmarkt kosteten ein Kilogramm Brot 75 Rubel, ein Kilogramm Kartoffeln 40 Rubel, ein Kilogramm Butter 500 Rubel, ein Kilogramm Speck 800 Rubel, zehn Eier 120 Rubel, eine Wintermütze 700 Rubel und ein paar Stiefel 4.000 Rubel.⁶⁰ So traf wohl auch im Sommer 1943 zu, was Bergassessor Berkenkamp im November 1942 konstatiert hatte: „Die Neigung der Zivilisten, auf den Schächten zu arbeiten, ist überhaupt nicht sehr groß. Die Leute werden nach dem alten russischen Tarif bezahlt, während Waren, wenn überhaupt, so nur zu Wucherpreisen erworben werden können. [...] Von der Lohnseite her besteht also für die Russen überhaupt kein Anreiz, auf den Schächten zu arbeiten. Das einzige Lockmittel ist die Verpflegung, die durch die BHO ausgegeben wird.“⁶¹

59 BA-MA, RW 31, 441.

60 Vgl. DADO, F. R-1622, Op. 1, D. 1, Bl. 24-26; F. R-1611, Op. 1, D. 15, Bl. 2-42; BA-MA, RW 31, 262; Doneckij Vestnik, 8. August 1943.

61 BBA 55/2579 (Dok. 217).

Wenngleich die Kaufkraft der ausgezahlten Monatslöhne kaum ausreichte, um den Tagesbedarf an Nahrungsmitteln zu decken, maßen die einheimischen Bergleute der Höhe ihres Lohnes dennoch eine wichtige symbolische Bedeutung zu und waren in ihrem „starken Ehr- und Gerechtigkeitsgefühl verletzt“, wenn sie nicht gemäß ihrer alten sowjetischen Tarife bezahlt wurden.⁶² Dieses Phänomen, das die deutschen Besatzer mit Verwunderung zur Kenntnis nahmen, lässt auf spezifische Formen der Alltagswahrnehmung bei den Sowjetbürgern schließen.

Zwar scheint sich die Versorgungslage seit Juni 1943, laut Angaben der Wirtschaftsinspektion Süd, so weit gebessert zu haben, dass die Versorgung der insgesamt 2,4 Millionen Versorgungsberechtigten im Inspektionsbereich nun als gesichert galt und zudem für den Bergbau zusätzliche Lebensmittel als Prämien bereit gestellt werden konnten. Zugleich stellte die Wirtschaftsinspektion im Juni 1943 aber auch einen allgemeinen Rückgang der physischen Kräfte der arbeitenden Bevölkerung und eine Zunahme von Erkrankungen fest: „Die lange Dauer der schlechten Ernährungslage beginnt nun größere Rückwirkungen auf die Volksgesundheit auszuüben“.⁶³

Vermehrte Zwangsmaßnahmen zur Rekrutierung von Arbeitskräften: Um den steigenden Arbeitskräftebedarf vor Ort und im Reich zu decken, sahen sich die Wirtschaftsbehörden zunehmend veranlasst, bei der Rekrutierung von Arbeitskräften Zwangsmaßnahmen anzuwenden. Bereits im Oktober 1942 konstatierte die Wirtschaftsinspektion freiwillige Meldungen für den Reichseinsatz nur noch in den neubesetzten Gebieten, die erst durch die Sommeroffensive hinzu gekommen waren. Im November wurde das Gebiet der Heeresgruppe B aufgrund des Arbeitskräftemangels über mehrere Wochen für die Reichswerbungen gesperrt. Zum Jahreswechsel berichtete die Wirtschaftsinspektion, dass Arbeitskräfte für den Reichseinsatz nur noch durch Zwangsmaßnahmen zu mobilisieren seien. Auf Anordnung des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, Fritz Sauckel, wurden im April 1943 von den Arbeitsbehörden erstmals ganze Geburtsjahrgänge ausgehoben.⁶⁴ Der Erfolg blieb jedoch weit hinter den Erwartungen zurück: „Die Bevölkerung nimmt allgemein eine ablehnende Haltung zum Reichseinsatz ein. Es ist ihr jedes Mittel recht, um sich der Arbeit im Reich zu entziehen. Die Androhung von Strafen, selbst der Todesstrafe, macht keinen merklichen Eindruck. Um sich der Musterung zu entziehen, verlassen die Dienstpflichtigen vielfach ihre bisherigen Arbeitsstätten und Wohnungen. Zuweilen verschwinden ganze Familien, um dem Rückgriff auf Angehörige zu entgehen.“⁶⁵

Große Ausfälle verursachte zudem der schlechte Gesundheitszustand der Musterungspflichtigen, so dass an einigen Orten gerade einmal ein Fünftel der Gemusterten überhaupt für den Reichseinsatz geeignet waren. Aus Angst vor der Verschlep-

62 Vgl. Lagebericht der WiS für April 1943, in: BA-MA, RW 31, 423.

63 BA-MA, RW 31, 424.

64 BA-MA, RW 31, 434, 418, 421, 423.

65 Lagebericht der WiS für Mai 1943, in: BA-MA, RW 31, 439.

pung fügten sich Musterungspflichtige selbst Verletzungen oder Vergiftungen zu. Außerdem entzog sich ein erheblicher Teil der Gemusterten dem Reichseinsatz durch Flucht. Selbst der massive Einsatz der Propaganda und die verstärkte Zensur der „Ostarbeiter“-Post brachten nicht die gewünschten Erfolge.⁶⁶

Der Arbeitseinsatz vor Ort zeigte ein ähnliches Bild: Auch für den regionalen Bedarf konnten Arbeitskräfte im Frühjahr 1943 nur noch unter Anwendung massiven Zwangs rekrutiert werden. Im Auftrag des deutschen Kommandos oder der einheimischen Bürgermeister und *Starosty* (Dorfältesten), die den Besatzungsbehörden bestimmte Kontingente an Arbeitskräften stellen mussten, führte die einheimische Polizei an öffentlichen Plätzen Razzien und Menschenjagden auf Sowjetbürger durch oder riegelte ganze Wohnblöcke ab, um dort bei Nacht die Wohnungen zu durchsuchen.⁶⁷ Allerdings vermitteln die Quellen den Eindruck, dass der Reichseinsatz der Mehrheit der Bevölkerung zu diesem Zeitpunkt bereits weitaus verhasster war als der Einsatz vor Ort. Die Arbeit im lokalen Bergbau konnte sogar eine Ausflucht vor der Verschickung ins Reich sein. So erinnerte sich die damals 15-jährige Zeiteugin Aleksandra Pronjakina: „Wir haben beschlossen, dass ich auf die Zeche gehen soll, weil man von der Zeche wahrscheinlich nicht verschleppt würde. [...] Man ist hauptsächlich deswegen gegangen, um nicht nach Deutschland abgeschoben zu werden.“⁶⁸

Im Dezember 1942 wurde innerhalb des Zuständigkeitsbereichs der Oberfeldkommandantur Donez eine allgemeine Arbeitspflicht für die gesamte Zivilbevölkerung ab dem 14. Lebensjahr eingeführt, die wenige Wochen später, im Februar 1943, durch eine Verordnung des Oberkommandos des Heeres auf die Zivilbevölkerung im Alter von 14 bis 65 Jahren im gesamten Operationsgebiet ausgeweitet wurde. Bei Nichteinhaltung drohten Geldstrafen, Arbeitslager oder Gefängnis.⁶⁹ Die Wirtschaftsbehörden beurteilten die Erfolgsaussichten der Verordnung jedoch von Beginn an skeptisch: „Auch die Arbeitsverpflichtung wird nur zu einem Erfolg führen, wenn genügend Polizeikräfte zur Verfügung stehen“.⁷⁰

Um den Facharbeitermangel zu beseitigen, versuchten die Arbeitsbehörden die auf das Land abgewanderten Facharbeiter systematisch zu erfassen und zurückzuführen. Mehrere tausend Bergleute wurden zudem aus feindgefährdeten oder zeitweilig geschlossenen Bergbaugebieten des Donbass im Frühjahr und Sommer 1943 in andere Bergbaudirektionen umgesiedelt, was in der Regel die „Anwendung schärfsten Zwangs“ erforderte. Im Februar 1943 wurden 3.000 Bergarbeiter aus dem östlichen Donbass nach Stalino überführt, im Mai 1943 1.100 Bergleute aus der geschlossenen Direktion Brjansk nach Gorlovka umgesiedelt. Im Juni und Juli 1943 ordnete die Besatzungsmacht die Umsetzung weiterer 4.300 Bergleute aus

66 BA-MA, RW 31, 477, 423, 439 (Dok. 61).

67 ASBUDO, F. 1, D. 60090, T. 1, Bl. 259; T. 3, Bl. 195; T. 4, Bl. 103; T. 5, Bl. 11.

68 Interview mit Aleksandra Pronjakina (geb. 1927), aufgezeichnet im Juni 2001 in Donec'k.

69 Vgl. Doneckij Vestnik, 22. Dezember 1942; Verordnung über Arbeitspflicht und Arbeitseinsatz der sowjetischen Zivilbevölkerung im Operationsgebiet vom 6.2.1943, in: BA-MA, RW 31, 420.

70 BA-MA, RW 31, 421.

Vorošilovsk nach Stalino an.⁷¹ Außerdem überprüften spezielle „Auskämm“-Kommissionen die gewerblichen Betriebe auf den „sparsamen und zweckentsprechenden Einsatz der vorhandenen Kräfte“. Alle berufsfremd beschäftigten Bergleute sollten in den Bergbau zurückgeführt werden, und auch der Lehrlingsausbildung wurde verstärkte Aufmerksamkeit geschenkt. Um Verstöße gegen die Arbeitsdisziplin zu ahnden, wurden zudem vermehrt Arbeitserziehungslager eingerichtet, die in der Bevölkerung weit mehr gefürchtet waren als einfache Geldstrafen.⁷²

Wachsende Bedeutung gewann auch der Arbeitseinsatz von Frauen, und zwar nicht nur im Hinblick auf die Bereitstellung von „Ostarbeiterinnen“ als Haushaltshilfen und Rüstungsarbeiterinnen für das Reich, sondern auch zur Deckung des Bedarfs der lokalen Betriebe. Um Mütter vermehrt als Arbeitskräfte einsetzen zu können, wurden zahlreiche Kindergärten eingerichtet. Im Bergbau stieg der Anteil der weiblichen Arbeitskräfte im Besatzungszeitraum ständig an und erreichte im Juli 1943 28,5 Prozent – damit lag er sogar etwas höher als in der Vorkriegszeit. In der besetzten Sowjetunion arbeiteten Frauen im Bergbau auch unter Tage, was im Reich eine „Männerdomäne“ blieb.⁷³

Obwohl die Suche nach weiteren Arbeitskraftreserven für den Donezbergbau bis zum August 1943 mit Nachdruck betrieben wurde, blieben die Erfolge aufgrund der verbreiteten „Abneigung gegen die Tätigkeit im Bergbau“ weit hinter den Anforderungen der BHO zurück. Auf einer Besprechung bei Göring wurde daher im Mai 1943 beschlossen, dass die dem Steinkohlenbergbau für das Erreichen einer Förderungssteigerung fehlenden etwa 45.000 Arbeitskräfte von den Sauckel-Kommissionen im gesamten russischen Raum rekrutiert werden sollten.⁷⁴ Wegen der Ereignisse an der Front konnte diese Maßnahme aber nicht mehr umgesetzt werden.

„Alle Kräfte zum Wiederaufbau unseres Landes, zum Aufbau einer glücklichen Zukunft“ – *Die propagandistische Mobilisierung für den Arbeitseinsatz*: Nicht nur mit Zwang und Leistungsprämien versuchten die Besatzungsbehörden die lokale Bevölkerung für den Arbeitseinsatz zu mobilisieren, sondern auch durch Propaganda, die sie vor allem über lokale und regionale Presseorgane verbreiteten. Die Besatzungspresse war das zentrale Medium, über das die Besatzungsbehörden mit der lokalen Bevölkerung kommunizierten und Bekanntmachungen, Aufrufe und Anordnungen öffentlich machten. Bei der Bevölkerung stießen die Zeitungen in russischer oder ukrainischer Sprache seit Beginn der Okkupation auf „lebhaftes Interesse“. Im Januar 1943 hieß es im Lagebericht der Wirtschaftsinspektion sogar: „Die Nachfrage nach Zeitungen und Zeitschriften ist weiterhin äußerst lebhaft. An den Zeitungskiosken in den Großstädten stehen Menschen in Schlangen.“ Das zentrale Presseorgan in der Region war der „Doneckij Vestnik“, der zwei- bis viermal wö-

71 Vgl. BA-MA, RW 31, 421, 424, 426, 477.

72 BA-MA, RW 31, 418, 423, 424, 426, 428, 439.

73 BA-MA, RW 31, 421, 424, 441; NA, T77, rolls 1105, 1106.

74 BA-MA, RW 31, 426; RGVA, F. 700, Op. 1, D. 80, Bl. 1–4.

chentlich erschien und eine Auflage von bis zu 100.000 Exemplaren erreichte. Daneben gab es im Donbass etwa 20 kleinere Presseorgane. Die Redaktionen der Zeitungen setzten sich aus einheimischen Journalisten zusammen, die jedoch unter der strengen Kontrolle und Zensur der zuständigen deutschen Propagandastaffel standen.⁷⁵

Die propagandistischen Parolen im Doneckij Vestnik, mit denen Arbeitskräfte für den Wiederaufbau mobilisiert werden sollten, lauteten beispielsweise: „Vereint zur Arbeit! Alle Kräfte zum Wiederaufbau unseres Landes zum Aufbau einer glücklichen Zukunft“ und „Die unbesiegbare deutsche Armee brachte euch die Freiheit! Dankt ihr damit, dass ihr nach Kräften zum Wiederaufbau der von den Bolschewiki zerstörten Heimat beiträgt“ oder „Wer seine Arbeit nicht erfüllt, der schließt sich aus der allgemeinen Aufbaufront aus, der verliert das Recht auf eine bessere Zukunft“. Manche dieser Parolen erinnerten an die sowjetische Presse der 1930er Jahre. Auch dort war die Phrase von der „strahlenden Zukunft“ ein zentrales Motiv der Propaganda, und nicht wenige Sowjetbürger teilten diese Zukunftsvision, die sich auf den Umbau der Welt durch den Aufbau des Sozialismus, Industrialisierung und moderne Technologie gründete. Der Glaube an eine bessere Zukunft war fester Bestandteil der Alltagserfahrung vieler Sowjetbürger in den 1930er Jahren und machte den realen Mangel für manchen erträglicher. Wer nicht arbeiten wollte, war laut deutscher Propaganda ein „Saboteur“; auch diesen Begriff hatten die Besatzungsbehörden von der sowjetischen Propaganda übernommen.⁷⁶

Ein weiteres zentrales Motiv der Propaganda in der Besatzungspresse war die Anprangerung der Zerstörungen, die die Rote Armee bei ihrem Rückzug hinterlassen hatte. So konnte man kurz nach dem Einmarsch der Deutschen im Doneckij Vestnik lesen: „Die Bergwerke wurden zum Friedhof für Maschinen und die Hoffnungen der Menschen – ein Zeugnis von den dunklen Verbrechen der Bolschewiki, die alles, was auf ihrem Weg lag, zerstörten, alle – Rechtschaffene ebenso wie Schuldige – erschossen und die Versorgungslager in Brand setzten. Was kümmerte sie das Volk, das sie zum Hunger verurteilten? Was kümmerten sie Prinzipien wie Moral, Gewissen, Ehrgefühl und Menschenliebe? [...] Das Volk wird ihre Verbrechen niemals vergessen“.⁷⁷

Die von der Sowjetregierung angeordnete Zerstörung der Bergwerke war für die Bergleute tatsächlich ein wunder Punkt und zeigte die Grenzen der Loyalität zur Sowjetregierung auf. Einige Bergleute hatten versucht, gegen die Zerstörungen der Industrieanlagen Widerstand zu leisten, aber ihre Demonstration war vom NKVD

75 Vgl. KTB der Wirtschaftsinspektion Süd vom 17.12.1941, in: NA, T-77, roll 1103; Lagebericht Wirtschaftsinspektion Don-Donetz Januar 1943, in: BA-MA, RW 31, 421; Tytarenko, D. M., *Presa schidnod' Ukraď ny periodu nimec'ko-fašysts'koď okupacij jak istoryčne dźerelo (1941–1943rr.)* [Die Presse der Ostukraine in der Periode der deutsch-faschistischen Okkupation als historische Quelle (1941–1943)], (Diss.) Donec'k 2002.

76 Vgl. Doneckij Vestnik, 16. August 1942; 11. Juni 1942; 27. August 1942; Fitzpatrick, S., *Everyday Stalinism. Ordinary Life in Extraordinary Times: Soviet Russia in the 1930s*, Oxford u.a. 1999, S. 67–88.

77 Doneckij Vestnik, 15. November 1941.

durch Erschießungen und Verschleppungen unterdrückt worden. Die Besatzungspresse griff diesen Umstand mehrfach in ihrer Berichterstattung auf.⁷⁸ Diese Reaktion der lokalen Bevölkerung auf die Zerstörung ihrer Industrieanlagen war kein regionaler Sonderfall. So war es beispielsweise auch in Kryvyj Rih, dem Zentrum der sowjetischen Eisenindustrie, zu Befehlsverweigerungen und Sitzstreiks der Arbeiter gekommen. Interessanterweise war es im Donezbecken – erklärbar aus der Bevölkerungsstruktur mit einem hohen Anteil an Russen sowie aus der sprachlich und kulturell russischen Prägung – anders als in der Westukraine nicht die ukrainisch-nationale Frage,⁷⁹ die über die Loyalität der Bevölkerung zum alten oder zum neuen Regime entschied, sondern vielmehr eine ausgeprägte regionale Identität, die offenbar manchmal einherging mit einem starken Zugehörigkeitsgefühl zum Betrieb oder Bergwerk, in dem man arbeitete. Das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda stellte auf der Grundlage einer Erkundungsfahrt im Februar 1942 zur Lage im Donezgebiet fest, dass die Frage der ukrainischen Selbständigkeit angesichts der Bevölkerungsstruktur im Donbass eine untergeordnete Rolle spielte: „Die Bevölkerung will lediglich aus dem Elendsdasein erlöst werden und kommt den Deutschen sehr weit entgegen.“⁸⁰ Verbreitet waren jedoch offenbar Ängste vor einer Rückkehr der Sowjets. So konstatierte der Bericht weiter: „Trotzdem gelingt es dem Gegner, die Bevölkerung des Donezbeckens und insbesondere diejenige der größeren Städte in ständiger Unruhe zu halten. Da die Front nahe ist, trifft die durch Flugblätter verbreitete These der baldigen Rückkunft der Sowjets weitgehend auf Glauben. Es ist bekannt, dass in einigen schwach gesicherten Frontabschnitten zurückgekehrte Rotarmisten die gesamte Bevölkerung einiger Dörfer (wie Gorlowka und Nikitowka) wegen ihrer positiven Einstellung zu den Deutschen abgeschlachtet haben.“⁸¹

Weitere Entwicklungen aus der Vorbesatzungszeit, die die Besatzungspresse in ihrer Propaganda anprangerte, waren das Scheitern der sowjetischen Wirtschaftspolitik im Donbass, die niedrigen Löhne, die geringe Arbeitsproduktivität sowie die „Sklavenarbeitsmethoden“ der Stachanov-Bewegung. Dies wurde konterkariert durch euphorische Berichte vom Wiederaufbau unter den Deutschen: „Der Kohlen-Donbass blieb nach dem Rückzug der Bolschewiki schwer krank zurück; ausgeplündert und zerstört. Aber die Kraft der neuen Ideen, die Kraft der befreiten Arbeit siegten über das Chaos. Was für immer irreparabel schien, wird durch die energischen Anstrengungen der Bergleute zu neuem Leben erweckt.“⁸² Die neue Erfolgsgeschichte von der „Wiedergeburt der Bergwerke“ begegnete dem Leser fast in jeder

78 Vgl. dazu den Bericht der WiS in: RGVA, F. 1458, Op. 40, D. 221, Bl. 280; Berkhoff, K, *Harvest of Despair. Life and Death in the Ukraine under Nazi Rule*, Harvard 2004; Doneckij Vestnik, 18. Dezember 1942; 29. März 1942; 16. Juli 1942.

79 Die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN), die für die Unabhängigkeit der Ukraine eintrat, existierte zwar im Donezbecken ebenfalls, war aber nahezu bedeutungslos. Vgl. dazu Lagebericht der WiS vom März 1943, in: BA-MA, RW 31, 421.

80 BA Berlin, R 55, 1289, Bl. 52.

81 BA Berlin, R 55, 1289, Bl. 53–54.

82 Doneckij Vestnik, 24. Oktober 1942.

Ausgabe des Doneckij Vestnik und erinnerte in ihrer Erzählstruktur ebenfalls an die sowjetische Propaganda der 1930er Jahre: „Als die Bergleute die Grube ansahen, sagten sie mit Schmerz in der Seele: ‚Kaputt!‘. Aber bald kamen drei deutsche Offiziere zur Grube. [...] Nachdem sie sich detailliert mit dem traurigen Zustand der Grube vertraut gemacht hatten, sagten sie: ‚Nein, die Grube muss leben!‘ Gemeinsam mit ihnen nahmen sich Arbeiter dem Wiederaufbau der Grube an, die das vollständige, wirklich freie Recht auf Arbeit erhielten. Sie arbeiteten viel, unermüdlich, achteten nicht auf die Zeit und nicht auf die großen Schwierigkeiten, die ihnen auf jeden Schritt begegneten. Ein Monat verging und die Grube begann wieder Tonnen Kohle nach oben zu fördern.“⁸³

Die deutschen Arbeitskräfte: Das deutsche Personal der Steinkohlenbergbauverwaltung der BHO im Donbass zählte im Dezember 1942 1.805 Beschäftigte, darunter nur 16 Frauen. Über 700 dieser Beschäftigten waren Angestellte in der Position von Betriebsdirektoren und -führern, Steigern und Fahrhuern; bei den restlichen Deutschen handelte es sich vor allem um Hauer. Die deutschen Arbeitskräfte waren zum größten Teil erst von Juli bis September 1942 in großen Anwerbeaktionen im Reich rekrutiert worden. Sie mussten von den Bergbaurevierern und -gesellschaften anteilig berechnet auf die jeweilige Gesamtproduktion abgegeben werden. Das Ruhrgebiet stellte 61 Prozent, Oberschlesien 23 Prozent, Aachen 3,2 Prozent, Niederschlesien 3,2 Prozent, das Saargebiet 6,4 Prozent, Sachsen und Niedersachsen jeweils 1,6 Prozent der Angeworbenen. Allein der Ruhrbergbau gab so insgesamt 440 Angestellte und 606 Hauer an den Steinkohlenbergbau im Donbass ab.⁸⁴

Die BHO lockte die Arbeitskräfte mit attraktiven Lohnangeboten: Danach bekam ein deutscher Hauer, der im Donbass als Grubensteiger oder Fahrhauer eingesetzt wurde, neben seinem altersabhängigen Grundgehalt von 350 bis 450 Reichsmark monatlich eine Ostzulage in Höhe von 35 Prozent des Grundgehaltes, die allerdings frühestens nach sechs Monaten und zunächst nicht im vollen Umfang ausgezahlt wurde, sowie freie Unterkunft und Verpflegung und eine monatliche Auslösung, die je nach Familienstand zwischen 75 und 120 Reichsmark betrug. Bei den Angestellten orientierten sich die Grundgehälter in der Regel an ihrem bisherigen Einkommen. Darüber hinaus erhielten auch sie die Ostzulage und die Auslösung. Das Arbeitsverhältnis mit dem Heimatbetrieb und der Anspruch auf den bisherigen Arbeitsplatz wurden formal aufrecht erhalten. Die Werkswohnung und sonstige Werksleistungen wie Deputatkohle und Stromversorgung beim Heimatbetrieb blieben den im Osteinsatz befindlichen Bergleuten erhalten. Die bestehenden Sozialversicherungen wurden von der BHO weitergeführt. Darüber hinaus bedeutete der Osteinsatz für die Arbeitskräfte in der Regel einen beruflichen Aufstieg um ein oder zwei Stufen: Hauer wurden im Donezbecken gewöhnlich als Grubensteiger, Reviersteiger als Obersteiger und Bergingenieure als Betriebsdirektoren eingesetzt.⁸⁵

83 Doneckij Vestnik, 16. April 1942.

84 Vgl. BA Berlin, R 3101, 34174, Bl. 125–128; BBA Bochum, 20, 241; 13, 1596.

85 Die Bezirksgruppe Ruhr machte in einem Rundschreiben vom 3. November 1943 jedoch deut-

Angesichts dieser Vorteile stieß der Osteinsatz bei vielen Fachleuten, insbesondere bei den Hauern, auf großes Interesse. Zahlreiche freiwillige Meldungen gingen ein. Bei der Bergbau AG Lothringen im Ruhrgebiet beispielsweise, die vier Hauer zu stellen hatte, bewarben sich 40 Arbeiter. Bei den Angestelltenwerbungen kam es allerdings auch vor, dass die Betriebsleitungen unliebsames Führungspersonal gegen deren Willen benannten. Dies wollte die BHO zumindest bei den Hauern jedoch unbedingt vermeiden.⁸⁶

Obwohl das Interesse der deutschen Bergleute groß war, hatte die BHO Schwierigkeiten, geeignete Fachkräfte zu finden, weil diese von ihren Heimatbetrieben häufig nicht freigegeben wurden. Die BHO suchte bevorzugt qualifizierte jüngere Arbeitskräfte im Alter zwischen 30 und 40 Jahren, die eine militärische Ausbildung durchlaufen hatten. Die Heimatbetriebe versuchten dagegen vielfach „unbequeme Leute loszuwerden“. Die Militärbehörden lehnten einige Hauer ab, weil sie, zum Teil aus politischen Gründen, vorbestraft waren oder die deutsche Sprache nur unvollkommen beherrschten und die Eignung zu einem Vorarbeiter vermissen ließen. Die BHO forderte die Bergbaubetriebe im Hinblick auf weitere Rekrutierungen daher Anfang September 1942 auf, darauf zu achten, dass die Arbeitskräfte auch die erforderliche persönliche Qualifikation mitbrachten und „das Deutschtum in jeder Beziehung würdig repräsentieren“.⁸⁷ Bergassessor Wilhelm Berkenkamp fand aber auch Ende November 1942 unter den deutschen Aufsichtskräften im Donezbergbau nur „wenige geeignete Exemplare“.⁸⁸ Und die Wirtschaftsinspektion Süd konstatierte im Januar 1943, dass „ein erheblicher Teil der eingesetzten Fachkräfte charakterlich den Anforderungen an einen Arbeitspionier in keiner Weise entspricht“.⁸⁹

Der Einsatz im Osten brachte für viele der deutschen Fachkräfte zunächst einen „Kulturschock“ mit sich. So berichtete der Bergmann Rudolf Schubert in der Werkszeitung seines Heimatbetriebes: „Als wir zusammen mit 26 Kameraden aus dem Ruhrgebiet Ende Oktober 1941 zum Arbeitseinsatz in den Osten abreisten, war jeder voller Erwartung, den Osten an Ort und Stelle kennen zu lernen. Presse, Rundfunk und Wochenschau hatten uns schon in etwa mit den Verhältnissen im Osten ‚vertraut‘ gemacht. Es mag unglaublich klingen, aber es war noch schlimmer, als wir es uns vorstellen konnten.“ Und der Hauer Dürrmann schrieb im November 1942 an seinen Heimatbetrieb im Reich: „Von den Schwierigkeiten [hier] kann man sich trotz des Krieges in der Heimat kaum eine Vorstellung machen. Wenn es in der Heimat schon knapp an Material ist, so ist es hier fast unbeschreiblich. Auf einer Anlage sind z.B. für 1.050 Mann Belegschaft unter Tage nur 270 brauchbare Lampen vorhanden. [...] Mit den primitivsten Mitteln müssen wir ver-

lich, dass sich aus dieser Tatsache für die betreffenden Arbeitskräfte kein Anspruch ableite, nach ihrer Rückkehr ins Reich in gleicher Tätigkeit eingesetzt zu werden. Vgl. BBA Bochum 157, 177.

86 Vgl. BBA Bochum, 13, 1596; 157, 177.

87 Vgl. BA Berlin, R 3101, 34174, Bl. 125–128; BBA Bochum, 13, 1596.

88 BBA Bochum, 55, 2579 (Dok. 217).

89 Vgl. Kriegstagebuch der Wirtschaftsinspektion Süd vom 21. Januar 1943, in: NA, T-77, roll 1104.

suchen uns hier durchzuschlagen und Kohle zu fördern. [...] Als Bergmann habe ich gerade wegen dieser Schwierigkeiten hier schon sehr viel lernen können. Allerdings dürfte eine deutsche Bergbehörde hier nicht herkommen. Die würde uns sicher den ganzen ‚Pütt‘ zumachen.“⁹⁰

Trotz aller Schwierigkeiten bedeutete der Einsatz im Osten für die deutschen Fachkräfte in den meisten Fällen bessere Verdienstmöglichkeiten und beruflichen Aufstieg. Zudem war auch die Verpflegung häufig besser als im Reich: „Ich habe nie so gut gelebt wie in der Ukraine, meine Frau hatte das in Deutschland alles nicht. Das Wort Hunger habe ich dort nie gehört“, erinnerte sich Bergrat Knepper, der für die BHO eine Bergbaugruppe im Donbass leitete.⁹¹

Die sowjetische Bevölkerung richtete – zumindest in der Anfangsphase der Okkupation – hohe Erwartungen in Hinsicht auf den Wiederaufbau des Bergbaus und das Wiederaufblühen der Region an die deutschen Fachkräfte. Wenn man deutschen Stimmungsberichten Glauben schenken kann, so waren Vorstellungen von der hohen Leistungsfähigkeit, dem Organisationstalent und der technischen Überlegenheit der Deutschen zu Beginn der Besetzung in großen Teilen der lokalen Bevölkerung verbreitet.⁹² Die Besatzungspresse trug das ihrige dazu bei, um dieses Bild zu verbreiten und aufrecht zu erhalten. „Eine Garantie dafür, dass der Donbass wiedergeboren und erblühen wird, ist die Aufmerksamkeit, die ihm vom deutschen Kommando und von den besten deutschen Spezialisten geschenkt wird“⁹³, konnte man dort lesen. Letztlich gründeten sich diese Vorstellungen aber bereits auf die sowjetische Propaganda, die zur Mobilisierung der Bevölkerung für die Industrialisierung zu Beginn der 1930er Jahre das Vorbild – und zugleich das abschreckende Beispiel – des westlichen Auslands, insbesondere Amerikas, beschworen hatte. 1932 war beispielsweise ein Buch erschienen, das die Einführung neuer Arbeitsmethoden und Techniken propagierte und den Titel „Die Ruhr einholen!“ trug.⁹⁴ Seit Ende der 1920er Jahre hatte die Sowjetunion in bedeutendem Umfang moderne Technik und Spezialisten im Ausland, vor allem in den USA und in Deutschland, eingekauft. Eine beträchtliche Zahl deutscher Arbeitskräfte war in den 1930er Jahren in die Sowjetunion gekommen. Darunter waren vor allem politische Flüchtlinge, die in den Osten geflohen waren, hochqualifizierte Fachleute, die im Auftrag ihrer deutschen Firmen in der Sowjetunion tätig waren und Arbeitsemigranten, die der Arbeitslosigkeit zuhause zu entkommen suchten.⁹⁵ Auch im Donezbergbau waren in den 1930er Jahren deutsche Arbeiter und Spezialisten beschäftigt. Einige

90 BBA Bochum, 157, 177 (Dok. 333).

91 Interview mit Karl-Heinz Knepper (†) im Juni 2001 in Castrop-Rauxel.

92 Vgl. beispielsweise Stimmungsbericht der Technischen Überwachung im Gebiet der Direktion 4 (nicht datiert), in: BA-MA, RW 31, 656, Bl. 56–57.

93 Doneckij Vestnik, 12. Februar 1942.

94 Vgl. Stavnicer, M., *Peregnať Rur, Moskva 1932*. Vgl. dazu: Schlögel, K., *Russlands amerikanischer Traum*, in: ders., *Go East oder Die zweite Entdeckung des Ostens*, Berlin 1995.

95 Vgl. dazu den Bericht über „Die Arbeit der ausländischen Bergarbeiter auf den Schächten im Donbass“, GARF, F. 5451, Op. 39, D. 21, Bl. 5–23. Zu Einzelschicksalen mehrerer hundert Arbeits- und Politemigranten aus dem Ruhrgebiet vgl. Mensing, W., *Von der Ruhr in den Gulag. Opfer des Stalinschen Massenterrors aus dem Ruhrgebiet*, Essen 2001.

während der Besatzungszeit im Donezbergbau tätige deutsche Arbeitskräfte verfügten bereits über Erfahrungen mit dem sowjetischen Bergbau. So war beispielsweise der Bergingenieur Friedrich Koch, der unter der Besatzung für die BHO einheimische Ingenieure rekrutierte, von 1925 bis 1926 und von 1932 bis 1933 bereits in der Sowjetunion tätig gewesen.⁹⁶

Über die betrieblichen Arbeitsbeziehungen zwischen den deutschen und den einheimischen Arbeitskräften unter der Besatzung gibt es widersprüchliche Aussagen. Vieles hing hier vermutlich von Einzelpersonen ab. Der damals 16-jährige ukrainische Bergmann Nikitenko erinnerte sich: „Die Leute, die mit uns auf der Zeche gearbeitet haben, das waren Bergleute aus dem Ruhrgebiet und vielleicht auch aus dem Saarland. Sie selbst waren Bergleute von Beruf. [...] Diese Bergleute waren für uns ‚unsere Deutschen‘. Sie krümmten niemandem ein Haar. Sie verstanden uns und sagten uns sogar: ‚Wir sind genauso Arbeiter wie Ihr!‘.“⁹⁷ Aus anderen Bergwerken ist dagegen überliefert, dass die einheimischen Arbeitskräfte von deutschen Steigern geschlagen und gedemütigt wurden.⁹⁸ Auch die Wirtschaftsinspektion Süd stellte im Juli 1942 in ihrem Lagebericht fest, die „gelegentliche schlechte Behandlung, besonders Schlagen der Arbeiter“ übe einen negativen Einfluss auf die allgemeine Stimmung aus.⁹⁹ Aleksandra Pronjakina, die als 15-jährige in einem Bergwerk unter Tage gearbeitet hatte, erinnerte sich, sie sei von einem deutschen Steiger öffentlich vor der gesamten Belegschaft ins Gesicht geschlagen worden, weil sie eine Woche nicht zur Arbeit erschienen war.¹⁰⁰

Mehreren Zeitzeugen ist bis heute auch ein besonderes Ordnungsprinzip der Deutschen in Erinnerung geblieben, das manchmal bis ins Absurde getrieben wurde. So erinnerte sich Nikitenko beispielsweise an die Befreiung des Donbass durch die Rote Armee folgendermaßen: „Das war ein Pedantismus. Im Jahre 1943, am 1./2. September als die Front näher kam und man schon Kanonen hörte, da war das Bergwerk noch in Betrieb. Es blieben noch drei Arbeitsstunden, niemand wurde aus dem Bergwerk herausgelassen, bevor die Zeit nicht um war. Sie hielten den Zeitplan ein. Die Front war nur fünf Kilometer entfernt, und sie guckten auf die Uhr!“¹⁰¹

Die einheimischen Bergbauingenieure und Techniker: Neben den deutschen Aufsichtskräften arbeiteten in den Bergwerken und in der Verwaltung der Bergbaugruppen im Juli 1943 2.165 sowjetische Bergbauingenieure und Techniker, die sich nach Angaben der BHO „im allgemeinen bereitwillig zur Verfügung stellten“.¹⁰²

96 Vgl. ASBUDO, F. 1, D. 26612, Tom 1, Bl. 16.

97 Interview mit Valentin Nikitenko (geb. 1926), aufgezeichnet im Juni 2001 in Donec'k.

98 Vgl. ASBUDO, F. 1, D. 26612, 42341, 66345.

99 BA-MA, RW 31, 432.

100 Interview mit Aleksandra Pronjakina (geb. 1927), aufgezeichnet im Juni 2001 in Donec'k.

101 Interview mit Valentin Nikitenko (geb. 1926), aufgezeichnet im Juni 2001 in Donec'k.

102 Arbeitsbericht der BHO für die erste Verwaltungsratsitzung im Dezember 1941, in: BA, R3101, 34174, Bl. 51. Vor Kriegsbeginn arbeiteten im Steinkohlenbergbau des Donbass etwa 1.600 Ingenieure und 2.200 Techniker. Vgl. Jasnopol'skij, Kamennougol'naja promyšlennost', tom 1, S. 179–183 (wie Anm. 3).

Ein großer Teil der sog. Industriekader war somit im besetzten Gebiet zurückgeblieben und nicht, wie die Sowjethistoriographie vermittelt, evakuiert worden.¹⁰³ Die einheimischen Ingenieure standen bei den Deutschen allgemein in gutem Ruf. So heißt es in einem Reisebericht einiger führender deutscher Wirtschaftsmanager, darunter Paul Pleiger und Alfried Krupp von Bohlen und Halbach, vom August 1942: „Ebenso wird die Leistung der russischen Ingenieure und Wissenschaftler seitens der deutschen Betriebsleiter außerordentlich gut beurteilt, da nach ihrer Ansicht der russische Techniker und Wissenschaftler neben einer guten geistigen Grundveranlagung eine recht gute Ausbildung genossen hat. So werden von einigen Herren die russischen Ingenieure besser als die deutschen beurteilt. Dies hat zwangsläufig dazu geführt, dass sich die Betriebsleiter veranlasst gesehen haben, sogar Deutsche besonders qualifizierten Russen zu unterstellen.“¹⁰⁴

Die Mitarbeit der einheimischen Industriekader war ein entscheidender Faktor für den Erfolg der deutschen Ausbeutungspolitik im Bergbau, wie auch in einem geheimen NKGB-Bericht vom November 1943 an den ZK-Sekretär der Kommunistischen Partei der Ukraine Chrusčev konstatiert wurde. Darin heißt es: „Seit Gründung dieser Gesellschaft [BHO – T.P.] boten eine Reihe von Spezialisten, die gegenüber der Sowjetheimat verräterisch und feindlich eingestellt waren und nicht ins Hinterland evakuiert werden wollten, den faschistischen Eindringlingen freiwillig ihre Dienste an beim aktiven Wiederaufbau der Kohlenbergwerke und anderer Industriezweige des Beckens. Im Resultat gelang es den Deutschen die Bergwerke und Fabriken wieder aufzubauen und ungefähr 2,5 Millionen Tonnen Kohle, die sich in den Lagern befanden, abzutransportieren sowie unter- und überirdische Pläne und andere Dokumentationen, die die Bodenschätze und Reichtümer des Donbass charakterisieren, aufzutreiben.“¹⁰⁵

Da die Rote Armee bei ihrem Rückzug nahezu alle Grubenbilder und Pläne aus den Bergwerken mitgenommen hatte, waren die Kenntnisse der einheimischen Ingenieure und Markscheider von den Gegebenheiten unter Tage für die Deutschen besonders wichtig. Darüber hinaus halfen einige der Ingenieure bei der Rekrutierung der einheimischen Arbeitskräfte. Sie übergaben der Polizei Listen mit der früheren Stammebelegschaft der einzelnen Gruben, die diese dann – wenn erforderlich mit Gewalt – zur Arbeit einzog. In einzelnen Fällen erstellten sie auch Listen von „schlechten Arbeitskräften“ oder von Arbeitslosen, die daraufhin ins Reich verschleppt wurden, und beteiligten sich an der „Aussonderung von Juden und Kommunisten“.¹⁰⁶ Ihre Mitarbeit brachte den Ingenieuren erhebliche materielle Vorteile ein. Leitende Mitarbeiter der BHO konnten Pächter von Kleinschächten werden, wobei sie die Hälfte der erzielten Gewinne behalten durften, erhielten Land

103 Sowjetische Quellen berichten allein für das Gebiet Stalino von 2.594 Führungskadern der Industrie, die im besetzten Gebiet geblieben waren. Vgl. DADO, F. 326, Op. 2, D. 61, Bl. 28.

104 Vgl. NIK-3892, Bl. 4.

105 Vgl. CDAHOU, F. 1, Op. 23, D. 3839, Bl. 27ff. (Dok. 393).

106 ASBUDO, F. 1, D. 26612; D. 42341; D. 66345; F. 2, D. 1339; CDAHOU, F. 1, Op. 23, D. 3839, Bl.27–41ob.

zur privaten Nutzung oder andere Versorgungsbetriebe, wie Getreide- und Ölmöhlen, zur Pacht. In einem Fall baute sich ein Ingenieur unter Ausnutzung der Arbeit von Kriegsgefangenen ein Eigenheim.¹⁰⁷

Manchmal wurden die einheimischen Aufseher von den Arbeitern mehr gefürchtet als die deutschen Steiger. Es kam sogar vor, dass sich die Arbeiter beim deutschen Kommando über die einheimischen Aufseher beschwerten.¹⁰⁸ Die Ingenieure wandten bei Arbeitsverweigerungen gegenüber den Arbeitern ein hartes Strafsystem mit Prügelstrafen und Lebensmittellentzug an. Manchmal geschah dies sogar auf eigene Initiative, ohne Anweisung des deutschen Bergwerksdirektors. So heißt es in der auf Zeugenaussagen basierenden Anklageschrift eines sowjetischen Nachkriegsprozesses gegen den Bergbau-Ingenieur Sergej Bessonov: „Indem er unter den Arbeitern die grausamste Disziplin mithilfe des Stockes einführte, erreichte Bessonov ein normales Arbeiten der Grube. [...] Gegenüber den Arbeitern, die die Arbeit verweigerten oder Sabotage im Hinblick auf die Erfüllung der Forderungen der Deutschen begingen, wandte Bessonov strenge Strafmaßnahmen an wie Verprügeln und Entzug der Lebensmittel. Er zwang Ausgehungerte zu arbeiten.“¹⁰⁹

Die Tatsache, dass sich offenbar so viele Ingenieure in deutsche Dienste stellten, erscheint erklärungsbedürftig, wobei die Suche nach Motiven nur hypothetisch sein kann. Das Spektrum an Beweggründen war breit und reichte von der elementaren Existenzsicherung über Profitstreben bis hin zu politischen Überzeugungen. Eine teilweise „anti-sowjetische Haltung“ der Ingenieure erklärt sich auch aus den spezifischen Repressionserfahrungen, die diese Berufsgruppe in den 1920er und 1930er Jahren durchmachen musste. In den 1920er Jahren waren im Zuge des „Generalangriffs auf die bourgeoisen Spezialisten“ zahlreiche leitende Ingenieure unter dem vorgeschobenen Vorwurf der „Wirtschaftsspionage“ oder der „konterrevolutionären Tätigkeit“ zu langen Gefängnis- und Lagerstrafen verurteilt worden. Wenig später setzte der Beginn der Stachanov-Bewegung in der Mitte der 1930er Jahre den Beginn für eine neue Welle der Feindschaft gegen die Ingenieure, die ihren Höhepunkt im Großen Terror der Jahre 1937/38 fand. Während des Großen Terrors wurde nahezu das gesamte Management des Steinkohlenbergbaus ausgewechselt. In der regionalen Tageszeitung „Socialističeskij Donbass“ wurde 1938 fast täglich über Schauprozesse gegen Manager des Bergbaus berichtet. Die Verurteilung zu Haftstrafen und Zwangsarbeit gehörte in den 1930er Jahren für Manager und Ingenieure somit zum ganz normalen Berufsrisiko.¹¹⁰

Ein weiterer Aspekt, der einige der Ingenieure bewegt haben dürfte, mit den Deutschen zusammenzuarbeiten, war ihre Enttäuschung über die sozialistischen

107 ASBUDO, F. 1, D. 26612, Tom 1., Bl. 231–276; Tom 2, Bl. 375–388; D. 42341, Bl. 3–13.

108 Vgl. den Beschwerdebrief von vier Arbeitern des Bergwerks Nr. 11 „Smoljanka“ über den einheimischen Bergwerksdirektor an den „Leiter der Gestapo“, DADO, F. R-1611, Op. 1, D. 22, Bl. 118 f.

109 Strafsache Bessonov u. a., ASBUDO, F. 1, D. 42341, Bl. 3.

110 Vgl. dazu die Kader-Statistik des sowjetischen Kohleministeriums, RGAE, F. 8225, Op. 1, D. 7128, Bl. 12–15, 42–59; Schattenberg, S., Stalins Ingenieure. Lebenswelten zwischen Technik und Terror in den 1930er Jahren, München 2002.

Produktionsmethoden und der Glaube an die technische Überlegenheit und das Modernisierungspotential der deutschen Besatzer. In einigen Artikeln, die leitende Bergbauingenieure für die Besatzungspresse verfassten, spiegelt sich diese Haltung wider.¹¹¹

Auch die spezifischen Erfahrungen aus dem sowjetischen Arbeitsalltag der 1930er Jahre, insbesondere seit Beginn der Stachanov-Bewegung, bieten eine Erklärung für das rabiante Verhalten einzelner Ingenieure gegen die einheimischen Bergarbeiter. Mit der Stachanov-Bewegung hatten die Arbeitsbeziehungen zwischen Arbeitern und Ingenieuren eine „Umkehr der Hierarchien“ erfahren: Das gesamte technische Personal musste nun den Arbeitern dienen, sich deren Wünschen unterordnen und war somit zum „Handlanger der Stachanovisten“ degradiert, wie die Sowjetpropaganda forderte. Der Bergmann Nikitenko berichtete aus den Erinnerungen seines Vaters über die dreißiger Jahre: „Es gab Bergleute, die einen Ingenieur beschimpfen konnten. Sogar das konnten sie. [...] Unter den Spezialisten gab es einige, die uns Arbeiter einigermmaßen gefürchtet haben.“¹¹² Vor diesem Hintergrund mutet die Besatzungszeit wie eine erneute „Umkehr der Hierarchien“ und das Verhalten einiger Ingenieure fast wie eine Art „Rache“ an den Arbeitern für vormals erlittene Demütigungen an.

Nicht alle Spezialisten kooperierten aber mit den deutschen Besatzungsbehörden. Es gab auch Ingenieure, die in leitender Position für die Deutschen arbeiteten, aber tatsächlich als Agenten für den NKVD oder Partisaneneinheiten tätig waren.¹¹³ Insgesamt blieb der Widerstand der lokalen Bevölkerung im Donbass gegen das deutsche Besatzungsregime – im Widerspruch zu seiner propagandistischen Überhöhung in der Sowjethistoriographie – jedoch vergleichsweise gering. Anders als beispielsweise in Polen kam es in der gesamten Ukraine nicht zur Herausbildung einer „Gegengesellschaft“ und auch die Partisanentätigkeit blieb in der Steppenregion des Donezbeckens – im Gegensatz zu Weißrussland – verschwindend gering.¹¹⁴

Für den Fördererfolg spielten die innerbetrieblichen Arbeitsbeziehungen eine maßgebliche Rolle. Steigerungen der Arbeitsleistung wurden, wie es scheint, zu meist nicht durch eine Verschärfung des Zwangs, sondern viel mehr durch richtigen Einsatz und Behandlung der einheimischen Arbeiter erzielt: „Soweit [...] Stammarbeiter wieder in ihren eigenen Betrieben beschäftigt und vom Betriebsführer richtig behandelt werden, ist eine bemerkenswerte Steigerung der Arbeitsfreude und Leistung zu bemerken“, heißt es dazu im Lagebericht der Wirtschaftsinspektion Süd vom November 1942.¹¹⁵

111 Doneckij Vestnik, 18. Dezember 1941; 12. Februar 1942; 26. Mai 1943.

112 Interview mit Valentin Nikitenko (geb. 1926), aufgezeichnet im Juni 2001 in Donec'k.

113 Vgl. z.B. die Memoiren von Pronjakina, Aleksandra, *My pomnim ...* [Wir erinnern uns ...], Doneck 2001.

114 Vgl. zu Kollaboration und Widerstand im Donbass ausführlich: Penter, T., Die lokale Gesellschaft im Donbass unter deutscher Okkupation 1941–1943, in: Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, Bd. 19: Kooperation und Verbrechen. Formen der „Kollaboration“ im östlichen Europa 1939–1945, 2003, S. 183–223.

115 BA-MA, RW 31, 418.

III. Waren die sowjetischen Arbeitskräfte im Steinkohlenbergbau des Donbass Zwangsarbeiter?

Wie ist der Arbeitseinsatz der Bergleute im Donbass historisch einzuordnen? Mit welcher Begrifflichkeit kann er angemessen beschrieben werden? Passt der Begriff der „Zwangsarbeit“, so wie er für die Verhältnisse des Reichseinsatzes entwickelt wurde, auch auf die Situation in den besetzten sowjetischen Gebieten? Zunächst einmal ist festzustellen, dass sich die Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten im Steinkohlenbergbau nicht wesentlich von denen der „Ostarbeiter“, die ins Reich verschleppt und dort im Bergbau eingesetzt wurden, unterschieden. Im Hinblick auf ihre wirtschaftliche Ausbeutung, weitgehende Rechtlosigkeit, katastrophale Versorgung und die Erfahrung von Terror und Gewalt war ihre Situation mindestens ebenso schlecht. Der Anteil der mit Gewalt zur Arbeit Gezwungenen war in beiden Fällen beachtlich, wenngleich es hier wie dort auch freiwillige Meldungen gab. Sowohl für die Bergleute im Donbass als auch für ihre Landsleute im Reich galt, dass die Arbeitsverhältnisse auf absehbare Sicht nicht gelöst werden konnten. Die sowjetischen Arbeitskräfte konnten im besetzten Gebiet ebenso wenig wie im Reich Einfluss auf die Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen nehmen und waren weitgehend rechtlos. Zudem bestand eine massive lohnrechtliche Benachteiligung der sowjetischen Arbeitskräfte gegenüber den deutschen Arbeitern. Im besetzten Gebiet war diese sogar noch größer als im Reich, da der „Osteinsatz“ für die Deutschen in der Regel bessere Verdienstmöglichkeiten und beruflichen Aufstieg bedeutete, während die Verpflegungsrationen und Löhne der sowjetischen Arbeiter im Donbass deutlich niedriger als im Reich waren.

Anders als die „Ostarbeiter“ im Reich waren zumindest die Zivilarbeiter im Donbass jedoch nicht in Lagern untergebracht, sondern lebten weiter in ihren Wohnungen und Familienverbänden, was für viele der Betroffenen sicher einen bedeutenden Vorteil gegenüber dem Reichseinsatz darstellte. Sie besaßen daher etwas größere Mobilitäts-Freiräume und konnten ihre alten Sozialbeziehungen und Netzwerke aufrecht erhalten. Das Zugeständnis an Mobilität war aber auch dringend erforderlich, damit die Familien durch regelmäßige Hamsterfahrten auf das Land ihr Überleben sichern konnten. Ganz anders sah dagegen die Situation der sowjetischen Kriegsgefangenen aus, die als Arbeitskräfte im Bergbau eingesetzt wurden. Ihre Überlebenschancen in den Bergbau-Lagern waren verschwindend gering. Im Übrigen traf nicht nur für die „Ostarbeiter“ zu, dass sie zum Arbeitseinsatz von ihrem Heimatort verschleppt worden waren – im jüngsten Entschädigungsgesetz war dies ein maßgebliches Kriterium für mögliche Entschädigungsansprüche. Zwangsweise Deportationen und Umsiedlungen von Arbeitskräften fanden auch im Donezbecken – allerdings in kleinerem Umfang – statt.

Die Frage, ob die Arbeitskräfte im Steinkohlenbergbau des Donbass Zwangsarbeiter waren, ist bereits von der alliierten Nachkriegsjustiz eindeutig beantwortet worden: Paul Pleiger, der Betriebsdirektor und Vorsitzende des Verwaltungsrates der BHO wurde auch im Anklagepunkt der „Verantwortlichkeit für Sklavenarbeit in den Einrichtungen der BHO in Russland“ schuldig gesprochen. Die Anklage

warf ihm vor, dass er den Zwangscharakter der Arbeiteranwerbungen bei der BHO kannte und billigte und die Verantwortung trug für „die schlechte Behandlung der Arbeiter, ihre unzulängliche Versorgung mit Lebensmitteln und Kleidung“.¹¹⁶

In der sowjetischen Nachkriegsgesellschaft entwickelte sich dagegen im Hinblick auf den Arbeitseinsatz von Sowjetbürgern im Reich und im besetzten Gebiet ein ganz anderer Deutungskontext. Dort gerieten diejenigen, die „für den Feind“ gearbeitet hatten, unter den Pauschalverdacht, „Vaterlandsverräter“ und „Kollaborateure“ zu sein. Nicht nur die heimkehrenden „Ostarbeiter“ und Kriegsgefangenen, sondern auch diejenigen, die unter deutscher Besatzung gelebt hatten, bekamen dies nicht selten in Form von Repressalien und Diskriminierungen zu spüren. Für die sowjetische Geschichtswissenschaft stellte das Thema ein Tabu dar und wurde auch in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion bis heute kaum aufgearbeitet.¹¹⁷ Es war vor allem die Entschädigungsdebatte, die dazu führte, dass sich ehemalige „Ostarbeiter“ seit Ende der 1980er Jahre zum ersten Mal offen zu ihrem Lebensweg bekennen konnten und sich eine breitere Öffentlichkeit für ihre Erfahrungen zu interessieren begann.¹¹⁸

In jüngster Zeit hat in der Ukraine nun eine ganz neue Diskussion angehoben, wie ein im September 2003 in Donec'k erschienener Presseartikel mit dem Titel „Warum zahlen die Deutschen keine Entschädigung an die Bewohner des Donbass, die unter der Besatzung standen?“ zeigt. Darin schreibt der Journalist und promovierte Historiker Georgij Lunkin: „Meinen Vater haben die Deutschen unter der Besatzung gezwungen, hier auf der Smoljanka Kohle zu hauen. Und sein Kollege, der Hauer Petrovič, fuhr 1942 nach Deutschland und arbeitete in einem Bergwerk bei Dortmund. Dem Petrovič haben die Deutschen für diese Arbeit nun eine Wagenladung ihrer deutschen Mark geschickt [...]. Und für meinen verstorbenen Vater hieß es in allen unseren Büros auf Schritt und Tritt nur: ‚Ihnen steht das nicht zu!‘. Und warum? Hat mein Vater etwa nicht unter den Deutschen gelitten?“¹¹⁹ Die allgemein katastrophale Situation der Rentner in der Ukraine trägt dazu bei, die Diskussionen und Verteilungskämpfe um vielfach überlebensnotwendige Entschädigungszahlungen anzuheizen. Als unbestrittener Erfolg der öffentlichen Diskussion kann dabei gelten, dass die besonderen Erfahrungen der Menschen, die im Reich oder im besetzten Gebiet für die deutsche Kriegswirtschaft arbeiten mussten, nach Jahrzehnten nun endlich vom Stigma des „Vaterlandsverrats“ befreit werden und dies von einer größeren Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen wird.

116 Vgl. NA, M-897, roll 155, Bl. 139; roll 141, Bl. 97-98.

117 Zur Historiographie zum Thema vgl. ausführlich Penter, T., Zwangsarbeit – Arbeit für den Feind. Der Donbass unter deutscher Okkupation, 1941–1943, in: Geschichte und Gesellschaft 2005 (im Druck).

118 Vgl. zu den von Memorial Moskau 1990 begonnenen Versuchen zur Aufklärung des Schicksals der „Ostarbeiter“ Bonwetsch, B., Sowjetische Zwangsarbeiter vor und nach 1945. Ein doppelter Leidensweg, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 41. 1993, S. 532–546.

119 Lunkin, G., Den'gi za rabotu pod fašistskim sapogom, in: Panorama, 11.–17. September 2003, S. 12.

Wenn es um die öffentliche Anerkennung erlittenen Unrechts und dessen Entschädigung geht, so kann man die Bergleute im Donbass sicher als „Zwangsarbeiter“ bezeichnen. Geht es jedoch um das wissenschaftliche Erkenntnisinteresse, so stößt die Übertragung des „Zwangsarbeiter“-Begriffes auf die besetzten Gebieten schnell an Grenzen. Er eignet sich kaum, um die Unterschiedlichkeit der Arbeitsbeziehungen und Lebensverhältnisse von Arbeitern und Ingenieuren, städtischen und ländlichen Arbeitskräften, Juden und Nicht-Juden, und die enge Wechselbeziehung zwischen der „Arbeit für den Feind“, „Kollaboration“ und Widerstand zu erfassen. Auch die Tatsache, dass die Arbeit für den Feind unter den Bedingungen der Besatzungsherrschaft manchmal auch Rettung vor Vernichtung und Deportation bedeuten konnte, kommt in dem Begriff nicht hinreichend zum Ausdruck. Verglichen mit der Situation der Nicht-Arbeitenden und insbesondere der Nicht-Arbeitsfähigen konnte selbst die harte Bergmannsarbeit ein Privileg darstellen. Die Zwangsarbeiterforschung muss sich in den besetzten Gebieten daher viel stärker für die Fragestellungen einer Gesellschaftsgeschichte der besetzten Länder öffnen.